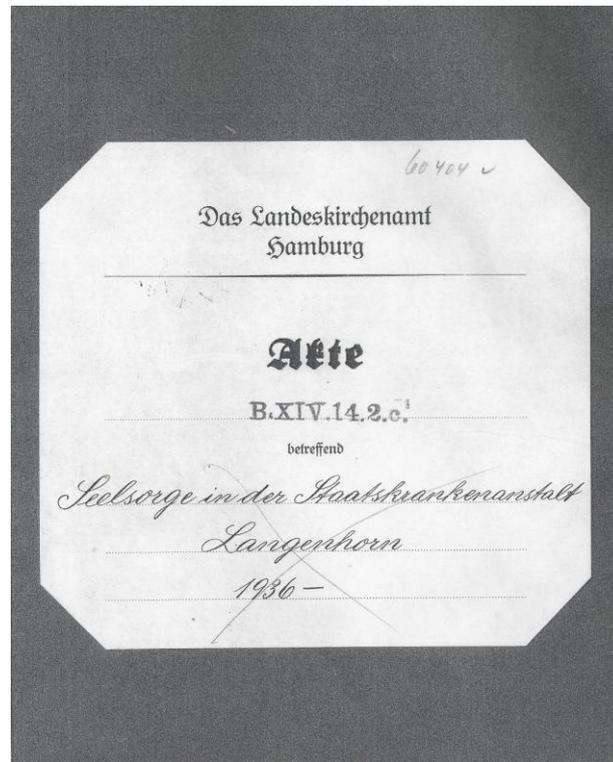


# GOTT UND DIE WELT

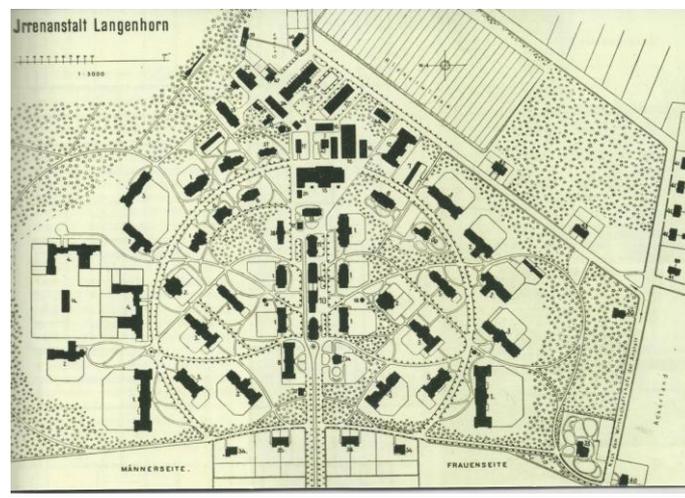
## Religion macht Geschichte

### Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn

Eine Arbeit von Moritz und Florian Lüdemann



# Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn



Autoren: Moritz und Florian Lüdemann

Tutorin: Dr. Silke Urbanski

# Inhalt

1. Einleitung	4
2. Euthanasie – Was ist das?	4
2.1. Herkunft des Wortes / der Idee	4
2.2. Verwendung für die nationalsozialistische Ideologie und Entstehung	6
2.3. Euthanasie im dritten Reich allgemein (Zahlen, Entwicklung, etc.)	8
3. Kirche und Nationalsozialismus	13
3.1. Verbindung zwischen Kirche und nationalsozialistischer Ideologie	13
3.2. Deutsche Christen	14
3.3. Bekennende Kirche	16
3.4. Beispiel: Theophil Wurm: Eine Kurzbiografie	17
3.5. Geteilte evangelische Kirche	19
4. Hamburg-Langenhorn	20
4.1. Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn	20
4.2. Kooperationen und ausführende Ärzte	22
4.3. Kirche in Langenhorn	25
4.4. In welcher Form hat die Kirche in der Anstalt gehandelt?	28
4.5. Was war in Langenhorn über das Euthanasie-Programm bekannt?	30
5. Umfrage zum damaligen Geschehen	31
5.1. Umfrage: Was denken die Bürger über das Geschehen von damals?	31
6. Schlussfolgerung	35
7. Bilder	36
8. Quellenverzeichnis	38
8.1. Archivalische Quellen	38
8.2. Literarische Quellen	38
8.3. Web Quellen	39
8.4. Bild Quellen	39
9. Arbeitsbericht	40

# 1. Einleitung

Als wir das Thema des diesjährigen Geschichtswettbewerbes des Bundespräsidenten lasen, erinnerten wir uns an einen wenige Wochen zurückliegenden Besuch des Langenhorner Wasserturms auf dem ehemaligen Gelände des Klinikum Ochsenzolls im Rahmen des Tages des offenen Denkmals. Dort hatten wir erfahren, dass in einigen der kürzlich zu Wohnhäusern umgestalteten ehemaligen Klinikgebäuden zur Zeit der Naziherrschaft Versuche an Menschen und Tötungsprogramme vollzogen worden waren. Zu den wenigen Bewohnern des Hamburger Stadtteils Langenhorn, in dem das Klinikum liegt, die etwas über die Vorkommnisse der Jahre 1933-45 zu wissen schienen, gehörte laut Aussage der Denkmalbetreuer der Pastor unserer Kirchengemeinde.

Durch diese Brücke kamen wir auf das Thema unserer Arbeit. Welche Programme der Nationalsozialisten liefen in Ochsenzoll? Wie stand die Kirche als Institution des christlichen Glaubens zu diesen weltlichen Verbrechen? Was wissen unsere Mitbürger heute darüber?

Die Geschichte des Christentums ist seit dem Zeitpunkt, da es im antiken Rom zur Staatsreligion ernannt wurde, nicht nur eine religiöse, sondern auch eine politische mit vielen weltlichen Anteilen. Wegen des Ziels der Verbreitung und Ausweitung des christlichen Glaubens sind im Namen Gottes in den letzten 1700 Jahren viele Verbrechen begangen oder gutgeheißen worden. Den absoluten Tiefpunkt dürften aber die Jahre 1933-45 darstellen, in denen sich große Teile der katholischen und noch größere der evangelischen Kirche mit den nationalsozialistischen Herrschern arrangierten oder sie sogar unterstützten und so den Mord an Millionen Menschen mit zu verantworten haben. Ein Teil dieser ideologisch motivierten Verbrechen war das Euthanasieprogramm, das auch in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn, dem späteren Klinikum Ochsenzoll durchgeführt wurde.

Wie konnten die Bewegung der Nationalsozialisten die deutsche Bevölkerung und die Kirchen dazu bringen, ihrer Ideologie „unwerten Lebens“ und dessen „Ausmerzungen“ zu folgen? Wo liegen die Wurzeln dieser Ideologie? Waren auch Kinder und Jugendliche betroffen? Wer in der Kirche hat sich dagegen aufgelehnt?

Das hat uns in dieser Arbeit beschäftigt.

## 2. Euthanasie – Was ist das?

### 2.1. Herkunft des Wortes / der Idee

Das Wort Euthanasie kommt aus dem Griechischen von dem Wort „Euthanasia“, welches ursprünglich „der gute Tod“ oder „der schöne Tod“ bedeutet.

Im antiken Griechenland wurde der Tod als gut oder schön angesehen, wenn es keinen langen Leidensweg des Verstorbenen gegeben hatte oder wenn der Tod relativ schnell eingetreten war. Es wurden zwei Arten des Todes unterschieden: der Tod, der an der Zeit ist, im Wesentlichen also, wenn der Tote schon sehr alt war, und der Tod, der jemanden frühzeitig aus dem Leben riss. Letzterer wurde mit dem Wort „Euthanasia“ benannt.

Aus dem antiken Griechenland stammt der sogenannte „Hippokratischen Eid“, der es den Ärzten verbot, den Patienten tödliche Mittel zu verabreichen, um deren Leiden zu beenden. Auf Frauen, Kinder, Sklaven und Ausländer traf dieses Verbot jedoch höchstwahrscheinlich nicht zu, da diese nicht als Vollbürger zählten. Darüber wird aber immer noch unter Wissenschaftlern und Historikern gestritten<sup>1</sup>.

Zum ersten Mal seit Beginn der Neuzeit war es 1605 Francis Bacon (1561-1626), der das Thema Euthanasie wieder aufgriff. In seinem Werk *Euthanasia medica* differenziert er noch unter dem Einfluss der antiken Bedeutung, dass der Tod schmerzfrei und leicht sein soll, den Begriff Euthanasie in die "eunthanasia interior", worunter er die Seelsorge in Betracht auf den Tod versteht, und die "euthanasia exterior", für Bacon die Hilfe für einen kranken Menschen zu einem schmerzfreien Tod. Bacon nimmt damit offensichtlich auch eine Verkürzung des Lebens in Kauf.

Unter Karl Friedrich Heinrich Marx (1796-1877), einem Mediziner und Hochschullehrer in Göttingen, wurde die Euthanasie, die von Marx als ärztlicher Beistand für den Sterbenden und als, wenn nötig, medikamentöse Schmerzlinderung und somit als die moralische Pflicht des Arztes interpretiert wurde, erstmals in den ärztlichen Pflichtenkanon aufgenommen.

Mit Ende des 19. Jahrhunderts kam es dann zu einem grundlegenden Wandel des Begriffes "Euthanasie". Euthanasie wurde nun als eine Art Werkzeug gesehen, mit dem man versuchen wollte, eine "reine Rasse" zu "züchten", in dem man Kranke und Behinderte tötet. Als Anlass zu diesem Bedeutungswandel muss man die im Jahre 1859 erschienene Schrift "On the origin of species by means of natural selection or the preservation of favoured races in the struggle of life" des englischen Verhaltensforschers Charles Darwin sehen. In dieser beschreibt er, dass nur die Individuen, die am stärksten sind und sich am besten ihrer Umwelt anpassen können, im "Kampf ums Dasein", den er aufgrund seiner Beobachtungen als unvermeidlich ansah, bestehen und sich fortpflanzen könnten. Diese Theorie wurde dann von diversen Forschern auf den Menschen angewandt, sodass ohne aktives Zutun Darwins der sogenannte Sozialdarwinismus entstand.

Einer dieser Forscher war der deutsche Zoologe Ernst Haeckel (1834-1919). Er war der Auffassung, dass es neben der von Darwin beschriebenen natürlichen Auslese auch eine künstliche Auslese geben sollte und verwendete in diesem Zusammenhang zum ersten Mal den Begriff der Züchtung. Anhänger Haeckels und seiner "Einheitstheorie", dem Monismus, gründeten 1906 sogar den sogenannte "Monistenbund", in dem sie sich für die Legalisierung der Tötung auf Verlangen einsetzten.

Nach Haeckel folgte einer der wohl radikalsten Sozialdarwinisten, Alexander Tille. Seiner Meinung nach sollte man sogenannten "Schwachen" nur begrenzte Fortpflanzung ermöglichen und die "natürliche Auslese" durch die von ihm erstmals formulierte "Sozial-Euthanasie" forcieren, nach der man sozial "Schwache" auf die unterste soziale Stufe absinken lassen sollte, wodurch sie aufgrund der hohen Sterblichkeitsrate in dieser gesellschaftlichen Schicht eine geringere Lebenserwartung hätten.

Ab 1895 prägte dann der deutsche Arzt Alfred Ploetz (1860-1940) die Diskussion um die Euthanasie. Sein Ziel war es, durch "Züchtung", "Auslese" und "Ausmerze" eine "vollkommene Rasse" zu erschaffen. Aus diesem Grund gründete er 1905 die "Gesellschaft

---

<sup>1</sup><https://de.wikipedia.org/wiki/Euthanasie>; 1.2.2017; 10:41 Uhr

für Rassenhygiene", in der in ausschließlich zu diesem Zweck betriebenen Anstalten "Reinrassige" gezüchtet werden sollten.

Um 1920 gipfelte die Diskussion um die Euthanasie in der Veröffentlichung des Werkes „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und Ihre Form“ von dem Juristen Karl Binding und dem Mediziner Alfred Hoche. In dieser Schrift schilderten Binding und Hoche, was sie von unter arteriosklerotischen Veränderungen im Gehirn oder unter sogenannten „Hirnerweichungen“ leidenden Menschen, von „verblödelnden“ Jugendlichen, von damals als „Vollidioten“ bezeichneten Menschen und Kriegsversehrten hielten. Diese sollten der Meinung Bindings und Hoches nach „vernichtet“ werden, da sie eine zu große Belastung für den Staat und die Bürger darstellen würden.<sup>2</sup> Motiviert wurden der Arzt und der Anwalt durch die Geschehnisse nach dem Ersten Weltkrieg. Für Binding und Hoche war die Tötung die Problemlösung für die Kriegsversehrten und Kranken, deren Leiden man aus ihrer Sicht beenden sollte, und für die "Lebensunwerten", bei denen sonst eine "unnötige Lebensverlängerung" stattfände. Außerdem argumentierten sie, dass durch die Tötung Kranker und Versehrter viele Kosten, die für deren Pflege anfallen würden, eingespart werden könnten, Geld, das das wirtschaftlich am Boden liegende Land dringend anderweitig gebrauchen könnte. Das Verständnis, das Binding und Hoche von der Euthanasie hatten und was sich über die Jahre zuvor aufgebaut hatte, widersprach somit dem griechischen Verständnis der Euthanasie, da für Binding und Hoche auch ein schmerzvoller Tod in Frage kam, der keine Erlösung im Sinne des Kranken darstellte, sondern Tötung aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen.

Gerade diese veränderte Bedeutung des Begriffes "Euthanasie" , die Schrift "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form.", sowie die Bezeichnung "Rassenhygiene" fand Einzug in die Ideologie Nationalsozialisten und wurde später von ihnen zitiert, um die Handlungen im Rahmen ihrer Euthanasie-Programme zu legitimieren.

## 2.2. Verwendung für die nationalsozialistische Ideologie und Entstehung

Warum war die Euthanasie ein so wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und warum stellt sie so ein großes Projekt dar?

In der Ideologie der Nationalsozialisten war fest verankert, dass die verschiedenen Rassen, die es auf der Welt gibt, ums Überleben kämpfen müssten und dass es am Ende nur eine Rasse geben könnte, die die Welt beherrscht. Adolf Hitler formulierte diese Idee, von der er bis zum Ende des Krieges und somit seines Lebens fest überzeugt war, bereits 1924 in seiner Propagandaschrift "Mein Kampf". Seiner Meinung nach habe der "Schöpfer des Universums", womit er einen Bezug zu Gott herstellte, der nationalsozialistischen "Bewegung" die "Mission" erteilt, einen "germanischen Staat" zu schaffen. Zur Errichtung dieses "germanischen Staates" sollte ein neues "Menschentum" durch die deutsche Bevölkerung geschaffen werden. Dieses "Menschentum" stellte in Hitlers Augen die arisch-

---

<sup>2</sup>Hoche, Alfred; Binding, Karl: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Felix Meiner Verlag; 1920; Leipzig

deutsche Rasse dar. Da Hitler der Auffassung war, dass in Zukunft nur eine Rasse, die "höchste Rasse", bestehen und als "Herrenrasse" über die Welt und ihre verschiedenen Völker herrschen könne, war es sein Ziel, die Deutschen zu einer "reinen Rasse" zu züchten und so zu jener "Herrenrasse" zu machen.<sup>3</sup>

Aus der Idee, dass Deutschland, bzw. das deutsche Volk dazu bestimmt seien, die Welt zu regieren, resultierte laut der Germanistin Anja Lobenstein-Reichmann der nationale Chauvinismus und das Überlegenheitsgefühl der Nationalsozialisten.<sup>4</sup>

Zudem war es Adolf Hitlers Ziel, das deutsche Volk nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wieder zu alter Stärke und altem Stolz zurückzuführen, nachdem die "Novemberverbrecher", mit denen die Sozialdemokraten gemeint waren, die deutschen Soldaten im Feld "erdolcht", dem "Schandvertrag von Versailles" zugestimmt und danach 13 Jahre lang regiert hätten. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg war für Hitler wie einen großen Teil der Bevölkerung Ergebnis eines Verrats, wieder begangen von den Sozialdemokraten, die den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichneten hatten. Der auf die Kriegsniederlage folgenden Versailler Friedensvertrag wurde als weitere große Niederlage und als Schande empfunden, denn in diesem war festgelegt, dass die Alleinschuld des Ersten Weltkrieges auf Seiten der Deutschen liegt. Dieser Aspekt stellte für den noch immer nationalistisch eingestellten Teil der Deutschen eine schwer zu ertragende Demütigung dar, wie dieses Zitat beweist:

*"Es wird von uns verlangt, dass wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, dass es zu diesem Weltkriege kam, von Deutschland abzuwälzen, aber wir bestreiten nachdrücklich, dass Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist."*(Historischer O-Ton)<sup>5</sup>

Noch dazu wurden an Deutschland hohe Entschädigungs- und Reparationsforderungen und ein Befehl zum Abrüsten bis hin zur Demontage kompletter Großindustriebetriebe gestellt. Dadurch sackte das Deutschland der Weimarer Republik in eine immer tiefere wirtschaftliche Krise, was Hitler wie andere Nationalisten dazu führte, gegen die Forderungen des Versailler Vertrages zu polemisieren und die Schuld für die Misere Deutschlands fremden Staaten und einer jüdischen Weltverschwörung zuzuschreiben. Hitlers Propaganda versprach, dass er diese Probleme lösen und das deutsche Volk wieder zu einstiger Stärke und einstigem Stolz zurückführen werde.

Beide dieser großen Punkte, das Erschaffen einer "Herrenrasse", die in Gottes Namen über die Welt und ihre Völker herrschen sollte, und das Einigen der Deutschen gegen die

---

<sup>3</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Herrenvolk\\_und\\_Herrenrasse#.E2.80.9EHerrenvolk.E2.80.9C\\_und\\_.E2.80.9EHerrenrasse.E2.80.9C\\_im\\_Nationalsozialismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Herrenvolk_und_Herrenrasse#.E2.80.9EHerrenvolk.E2.80.9C_und_.E2.80.9EHerrenrasse.E2.80.9C_im_Nationalsozialismus)

<sup>4</sup> Anja Lobenstein-Reichmann: *Houston Stewart Chamberlain. Zur textlichen Konstruktion einer Weltanschauung ; eine sprach-, diskurs- und ideologiegeschichtliche Analyse*. De Gruyter, Berlin 2008, ISBN 9783110210866, S. 644–651, zit. 644, 650, 651.

<sup>5</sup><http://www.swr.de/erster-weltkrieg/kriegsgeschehen/1918-kriegsende/-/id=12638908/did=13050780/nid=12638908/1kxig7u/index.html>

Forderungen des Versailler Vertrages und den Verrat durch die Sozialdemokratie und Juden wurden begleitet von Propaganda gegen Randgruppen (z.B. Homosexuelle, Sinti und Roma), Slawen (Lebensraum im Osten) und auch chronisch Kranke. Psychologisch gesehen folgte er damit dem Muster, die eigene Schwäche durch Weitergabe des Drucks auf noch Schwächere zu relativieren und daraus das Gefühl von Stärke zu ziehen.

Während sich die Rassenreinheit leicht durch Abgrenzung gegenüber allen Nichtariern definieren ließ, traf die Idee der Rassenhygiene die Schwächsten der Gesellschaft, die chronisch Kranken und Behinderten. In der Welt der Nationalsozialisten mit den Ideen des „Übermenschen“ (Nietzsche) und der „Herrenrasse“ war für diese Schwächsten kein Platz.

### 2.3. Euthanasie allgemein im dritten Reich (Zahlen, Entwicklung, etc.)

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann das Reichsinnenministerium im Rahmen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933<sup>6</sup> mit der Erfassung von Patienten aller Heil- und Pflegeanstalten im Land, die entweder unter psychischen oder geistigen Erkrankungen wie Schwachsinn, Schizophrenie oder auch Epilepsie litten, mindestens fünf Jahre dauerhaft in der Anstalt lebten, als kriminell geisteskrank galten oder nicht deutscher oder arischer Abstammung waren. Hierbei ging es der Rassenreinheitsidee folgend zunächst nur um die Sterilisation der Patienten, die bis Kriegsende bei ungefähr 400.000 Menschen durchgeführt wurde. Aus Unterlagen des Hamburger Staatsarchivs geht hervor, dass am Anfang der Aktion noch das Einverständnis der Betroffenen oder im Falle ihrer Unmündigkeit das der Angehörigen eingeholt wurde. Später jedoch fanden die Sterilisationen zwangsweise statt.

Am 9. Oktober 1939 aber begann die Aktion T4. Der Name ist abgeleitet vom Hauptsitz des Programms in der Tiergartenstraße 4 in Berlin, wo sich die „Kanzlei des Führers“ mit dem Leiter der Aktion T4 Philipp Bouhler befand. Auf Veranlassung von Bouhler wurden ab dem 9.10.1939 alle Versehrten mit Meldebögen erfasst. Als versehrt galten nunmehr nicht nur geistig Behinderte und Menschen mit psychischen Erkrankungen, sondern auch körperlich Behinderte. Der zuständige Arzt oder das Pflegepersonal mussten in diesen Meldebögen die Krankengeschichte, den Grad der Arbeitstauglichkeit, die Heilungsaussichten und die bisherige Dauer des Anstaltsaufenthaltes des Patienten wiedergeben. In vielen Fällen wussten die Ärzte oder das Pflegepersonal offenbar nicht, zu welchem Zweck sie das tun mussten.<sup>7</sup> Wenn Patienten abtransportiert wurden, dachte das befasste Personal anfangs oftmals noch, dass es sich um Verlegungsaktionen handelte.

Auf Grundlage der in den Meldebögen enthaltenen Informationen entschieden dann in Berlin damals renommierte Psychiater wie Werner Catel und oder Hans Heinze als Gutachter über Leben und Tod, mit einem einfachen roten Plus für Tötung oder einem blauen Minus

---

<sup>6</sup>Reichsgesetzblatt, 1933 I, S. 529–531

<sup>7</sup>[http://www.planetwissen.de/geschichte/nationalsozialismus/nationalsozialistische\\_rassenlehre/pwieeuthanasieimdrittenreich100.html](http://www.planetwissen.de/geschichte/nationalsozialismus/nationalsozialistische_rassenlehre/pwieeuthanasieimdrittenreich100.html); 20.1.2017;15:03 Uhr

für Überleben.<sup>8</sup> Das Euthanasieprogramm sah für alle zu Tötenden den Transport in eine der sechs großen Anstalten Bernburg, Brandenburg, Hadamer, Grafeneck, Hartheim oder Pirna-Sonnenstein vor, wo sie durch Gas umgebracht werden sollten, um den Staat gemäß der Idee von Hoche und Binding von den Pflegekosten zu entlasten.<sup>9</sup>

1941 gab es erste nennenswerte öffentliche Proteste gegen die Aktion T4. Diese wurden größtenteils von der katholischen Kirche organisiert. Heraus sticht die Predigt des Münsteraner Bischofs Clemens August (Kardinal) Graf von Galen in der St. Lamberti Kirche Münster vom 3. August des Jahres. Bischof von Galen stellt in Bezug auf die Euthanasieopfer fest: „Seit einigen Monaten hören wir Berichte, dass aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke auf Anordnung von Berlin Pfleglinge, die schon länger krank sind (...) zwangsweise abgeführt werden. (...) Es handelt sich hier ja nicht um Maschinen, es handelt sich nicht um ein Pferd oder eine Kuh, ... Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern! Arme Menschen, kranke Menschen, unproduktive Menschen meinetwegen! Aber haben sie damit das Recht auf das Leben verwirkt? Hast du, habe ich nur so lange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von den anderen als produktiv anerkannt werden?“<sup>10</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren schon weit mehr als 70.000 Menschen der Aktion T4 zum Opfer gefallen und waren nicht unbeobachtet geblieben. Die Proteste führten zu einer formalen Umstellung des Programms. Von nun an wurden die Menschen nicht mehr mit Gas umgebracht, sondern entweder ausgehungert oder durch Injektion von Krankheitserregern oder Überdosen von Morphium beziehungsweise Luminal, einem starken Beruhigungsmittel, so geschwächt, dass sie an den Folgen der Behandlung starben. Das Aushungern funktionierte nicht nur, indem man diesen Menschen einfach nur wenig zu essen gab. Man kochte das Essen auch solange, bis keine Nährstoffe mehr darin enthalten waren und die Menschen aufgrund des Nährstoffmangels verendeten. Durch diese Umstellung der Tötungstechnik sollte der Anschein eines natürlichen oder durch Infektionen hervorgerufenen Todes erweckt werden, um weiteren Protesten der Bevölkerung die Grundlage zu entziehen. Deutschland befand sich zu diesem Zeitpunkt bekanntlich im Krieg. Die Machthaber befürchteten wohl zu Recht, dass Proteste im Inneren dem Kriegswillen der Deutschen schaden würden. Den Angehörigen der Ermordeten wurde mitgeteilt, der Tote sei an einer Seuche gestorben, die in der Anstalt grassiere. Die Angst vor einer eigenen Ansteckung sollte die Angehörigen vom Besuch der Anstalten abhalten, wo sie sich ein Bild von den dort herrschenden Umständen hätten machen können.

---

<sup>8</sup>Rotzoll, Maike (Herausgegeben von) / Hohendorf, Gerrit (Herausgegeben von) / Fuchs, Petra (Herausgegeben von) / Richter, Paul (Herausgegeben von) / Mundt, Christoph (Herausgegeben von) / Eckart, Wolfgang U (Herausgegeben von) „Die nationalsozialistische >>Euthanasie<<- Aktion >>T4<< und Ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart“; Schönigh Verlag; 2010; Paderborn; S.14 Z.2+3

<sup>9</sup> Gedenktafel in Berlin in der Tiergartenstraße 4

<sup>10</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens\\_August\\_Graf\\_von\\_Galen#Drei\\_kritische\\_Predigten\\_281941.29](https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens_August_Graf_von_Galen#Drei_kritische_Predigten_281941.29)

Neben der Aktion T4 lief von 1941 bis 1944 die Aktion „14f13“. Im Rahmen dieser Aktion wurden KZ-Häftlinge selektiert und ermordet. Im Frühjahr 1941 trafen der Reichsführer SS Heinrich Himmler und Philipp Bouhler aus der Kanzlei Hitlers die Vereinbarung, die Konzentrationslager von Kranken und nicht mehr arbeitsfähigen Menschen zu entlasten. Dazu wollte man eine möglichst unauffällige Form wählen, die Menschen zu vernichten. Andererseits wollte man die Tötungsanstalten der Aktion T4 und deren erfahrenes Personal wieder stärker nutzen, die seit dem offiziellen Stopp der Aktion T4 nicht mehr voll ausgelastet waren.

Viktor Brack, der für die Tarnorganisation der Aktion T4 zuständig war, sollte den Auftrag ausführen. Genannt wurde der Auftrag „Sonderbehandlung 14f13“. Die „14“ stand in der Nazinomenklatur für den Inspekteur der Konzentrationslager, der Buchstabe „f“ für Todesfälle und die Zahl „13“ wiederum für die Todesart, in diesem Fall also für die Tötung durch Gas. Sonderbehandlung war der Begriff für Tötung.

„14f13“ startete unmittelbar nach der Vereinbarung zwischen Himmler und Bouhler im April 1941. Bereits aus der Aktion T4 erfahrene Ärzte und Gutachter wie Hans Hefelmann und Richard von Hegener bereisten die Konzentrationslager, um dort zu selektieren. Die erste bekannte Selektion fand im April 1941 im KZ-Sachsenhausen statt. Nach diesem Startschuss wurde im ganzen Reich mit drastischen Selektierungsmaßnahmen begonnen. Allerdings wurden nur drei Tötungsanstalten genutzt, da mehrere Anstalten der Aktion T4 bereits zurückgebaut worden waren und nicht mehr über Tötungsapparaturen verfügten.

Da ab 1944 keine Tötungslisten mehr geführt wurden, lässt sich nicht sagen, wie viele Menschen wirklich ermordet worden sind. Man geht allerdings davon aus, dass der Aktion 14f13 bis Ende 1943 zwischen 15000 und 20000 Menschen zum Opfer fielen, darunter auch Zwangsarbeiter aus dem Osten, sowjetische Kriegsgefangene und ungarische Juden.<sup>11</sup>

1943 setzte eine große Verlegungsaktion ein, die Aktion Brand, in der Betten in Heil- und Pflegeanstalten für Lazarette und Ausweichkrankenhäuser in Regionen frei gemacht werden sollten, die bis dahin nicht bei Luftangriffen der Alliierten beschädigt worden waren. Der Bedarf war entstanden, da das Gesundheitssystem der Nationalsozialisten nicht auf den langen Krieg vorbereitet gewesen war. Der Verantwortliche für das Sanitäts- und Gesundheitswesen im NS-Staat war Karl Brand. Demzufolge war er auch für diese Verlegungsaktion zuständig. Der eigentliche Grund für den Namen „Aktion Brand“ war damaligen Vermutungen zufolge jedoch, dass Brand im Juli 1943 einen neuen Auftrag zur Ermordung geschädigter „Patienten“ erteilte. Allerdings lässt sich diese Vermutung nicht belegen. Stattdessen geht man heute davon aus, dass dieser Tötungsauftrag von anderen, regionalen Führern stammte und Brand tatsächlich nur für die Organisation der Verlegungen zuständig war.

Die Aktion Brand nutzte Erfahrungen und Methoden der Aktion T4. Die Tötungsmethoden waren größtenteils identisch. Besonders oft wurde die Tötung durch Überdosierung von Luminal und durch systematisches Aushungern angewendet.

---

<sup>11</sup><http://ns-euthanasie.de/index.php/aktion-14f13>; 13.02. 2017; 12:05 Uhr

Es gibt keine verlässlichen Zahlen der Opfer, da nicht immer eindeutig ist, wer der Aktion Brand wirklich zum Opfer gefallen ist und wer nicht, aber man geht auch hier von über 30.000 Personen aus.<sup>12</sup>

Während der NS-Herrschaft wurden insgesamt etwa 200.000 Versehrte und psychisch Kranke von den Nationalsozialisten ermordet.<sup>13</sup> Dennoch gab es nach dem Krieg nur wenige Anklagen gegen Ärzte und Pflegepersonal aus den Anstalten, die an den Aktionen der Euthanasieprogramme beteiligt waren, da sie von Kollegen und Politikern geschützt wurden. Wenn Menschen angeklagt wurden, wurde der Prozess oft frühzeitig beendet, da viele Leute des früheren Personals weitreichende Kontakte bis in die Gerichte hatten. In einer Vielzahl der Fälle wurden die Prozesse auch erst mehrere Jahrzehnte nach Kriegsende geführt. Viele Angestellte der Anstalten waren dann aufgrund ihres Alters oder Krankheiten nicht mehr prozessfähig. Teilweise wurden Personen für schuldig erklärt, konnten aber nicht mehr verurteilt werden. Einen solchen Fall stellt Professor Doktor Werner Heyde alias Fritz Sawade dar. Dieser war der medizinische Leiter und Obergutachter der Aktion T4 und bekannt unter dem Namen "Professor Tod", wurde aber erst 1959 festgenommen und entzog sich seiner Verurteilung fünf Tage vor Beginn des Prozesses durch Selbstmord.<sup>14</sup>

Außer den bisher genannten Programmen existierte ebenfalls seit 1939 noch ein speziell auf Kleinkinder zugeschnittenes Programm, der "Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden", kurz "Reichsausschuss". Hinter diesem stand die Abteilung IIb der Kanzlei des Führers mit Philipp Bouhler als Leiter der Kanzlei.

Die Leitung der Abteilung IIb wurde Viktor Brach und als dessen Stellvertreter Werner Blankenburg übertragen. Diesen war als "Geschäftsführer und Korrespondent" für die Amtsärzte, das Gutachter-Gremium und die Klinikärzte Hans Hefelmann unterstellt mit Richard von Hegener als Stellvertreter.

Das Gutachter-Gremium bestand aus Hans Heinze, Ernst Wentzlar und Werner Catel, der die Diagnose für den ersten bekannten Euthanasiemord im Dritten Reich gestellt haben soll, der Fall des "Kindes K." oder auch "Leipziger Kindes".

Diesem Fall kommt eine besondere Bedeutung zu, da er als Beginn der praktischen Ausführung des gesamten Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten angesehen wird. Die Eltern des Kindes K. (auch Kind Knauer) stellten im Frühjahr 1939 (das genaue Datum ist unbekannt) auf Grundlage der Auskunft von Werner Catel ein Gnadentod-Gesuch an die

---

<sup>12</sup><http://ns-euthanasie.de/index.php/programme>; 1.1.2017; 20:01 Uhr

<sup>13</sup>Rotzoll, Maike (Herausgegeben von) / Hohendorf, Gerrit (Herausgegeben von) / Fuchs, Petra (Herausgegeben von) / Richter, Paul (Herausgegeben von) / Mundt, Christoph (Herausgegeben von) / Eckart, Wolfgang U (Herausgegeben von) „Die nationalsozialistische „Euthanasie“ - Aktion „T4“ und Ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart“; Schönigh Verlag; 2010; Paderborn; S. 14 Z.3-4.

<sup>14</sup> Daten aus einem Interview mit Frau Dr. Meyer-Lenz (ehem. Lehrbeauftragte der Universität Hamburg für europäische Geschichte).

Kanzlei des Führers. Catels Gutachten bescheinigte dem Kind, dass dieses nie "normal" sein werde und sein Leben daher "wertlos" sei.<sup>15</sup>

Das Kind wurde daraufhin auf Veranlassung von Karl Brandt und nach persönlicher Genehmigung Adolf Hitlers getötet. Die besondere Bedeutung liegt nun darin, dass anschließend Hitler selbst den Befehl erteilte, in vergleichbaren Fällen ebenso zu verfahren. Dieser geheime Führererlass Adolf Hitlers aus dem Oktober 1939, als "Ermächtigungsschreiben" auch bekannt unter "Gnadentoderlass", wurde zurückdatiert auf den 1.9.1939 und stellt die Basis des gesamten Euthanasieprogramms dar. Eine gesetzliche Grundlage dafür gab es dagegen nicht: das Strafgesetzbuch verbot aktive Sterbehilfe ausdrücklich.

Die Tötungsaktionen waren also auch im Dritten Reich "als Mord zu beurteilen".<sup>16</sup> Deshalb setzten die Verantwortlichen laut Hans Hefelmann alles daran, dass die Aktionen der Kinder-Euthanasie als "geheime Reichssache" behandelt wurden.<sup>17</sup>

Am 18.8.1939 ordnete der Reichsinnenminister in einem vertraulichen Runderlass an, dass Hebammen und Ärzte Neugeborene und Kinder bis zu 3 Jahren beim Vorliegen folgender Leiden an das zuständige Gesundheitsamt zu melden hatten:

1. Idotie sowie Mongolismus (besonders Fälle, die mit Blindheit und Taubheit verbunden sind)
2. Mikrocephalie (abnorme Kleinheit des Kopfes, besonders des Hirnschädels)
3. Hydrocephalus (Wasserkopf) schweren, fortschreitenden Grades
4. Missbildungen jeder Art, besonders Fehlen von ganzen Gliedmaßen, schwere Spaltbildungen des Kopfes und der Wirbelsäule usw.
5. Lähmungen, einschließlich der Littleschen Erkrankung<sup>18</sup>

Diese Meldebögen wurden von den Amtsärzten direkt an den "Reichsausschuss" geschickt und an das Gutachter-Gremium übergeben. Entschieden die Gutachter, dass das Kind zu schwer geschädigt war und daher kein "Lebensrecht" besaß, wendete sich der "Reichsausschuss" zur "Ermächtigung zur Behandlung" an Viktor Brack, dem Leiter der Abteilung IIb. Diese "Ermächtigung" stellte die Voraussetzung für die Tötung des "Reichsausschusskindes" dar.

Bestand Zweifel an der Schwere der Erkrankung, wurden diese Kinder einer genaueren "Beobachtung", bzw. "Begutachtung" unterzogen.<sup>19</sup> Um diese möglichst unauffällig vornehmen zu können, wurden ab 1940 meistens in psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten im ganzen Land sogenannte "Kinderfachabteilungen" eingerichtet, so auch

---

<sup>15</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte\\_der\\_Euthanasie#Beginn\\_der\\_Ermordung\\_von\\_Kindern](https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Euthanasie#Beginn_der_Ermordung_von_Kindern)

<sup>16</sup> Susanne Benzler: Justiz und Anstaltsmord nach 1945. Kritische Justiz, 21, 2

<sup>17</sup>ZStLJVL, VI 439 AR 402/67, Band 2, Aussage von Hans Hefelmann

<sup>18</sup>ThHStaW, ThMdl, E 1111, RdErl. d. RMdI vom 18.8.1939, "IV b 3088/39-1079 Mi-, betr. Meldepflicht für mißgestaltete usw. Neugeborene"

<sup>19</sup>ZSLJVL, 147 Js 58/67, Anklageschrift gegen Lensch und Dr. Struve der StA beim Landgericht Hamburg vom 24.4.1973, S. 134

in Langenhorn. Um den "Reichsausschuss" möglichst geheim zu halten, erfolgte die Einweisung der Kinder durch Amtsärzte, Jugendamt oder Fürsorgeverband. Diese waren angewiesen, bei Widerstand die Eltern der Kinder durch Androhung der Entziehung des Sorgerechts zur Einweisung zu bewegen.<sup>20</sup>

In den Anstalten erstellten die Ärzte der "Kinderfachabteilungen" Gutachten über zu erwartende Entwicklungs-, Bildungs- und Arbeitsfähigkeit der Kinder.<sup>21</sup> Diese Gutachten wurden dann wieder dem "Reichsausschuss" vorgelegt.

Mit Umstellung des Programms T4 im Jahre 1941 wurde die Altersobergrenze der "Reichsausschusskinder" von drei auf 16 Jahre erhöht.<sup>22</sup> Dem Programm "Reichsausschuss" fielen bis Kriegsende bis zu 5.000 Kinder und Jugendliche zum Opfer.

Eines dieser Kinder war das Geschwisterkind des Vaters eines Kollegen unseres Vaters. Dieser Kollege berichtete, dass sein Vater bis heute nicht über die Vorkommnisse sprechen könne, nur, dass der geistig behinderter Bruder eines Tages einfach weg gewesen und nie wieder in die Familie zurückgekehrt sei. Das Thema muss über viele Jahre ein Tabu gewesen sein.

## 3. Kirche und Nationalsozialismus

### 3.1. Verbindung zwischen Kirche und nationalsozialistischer Ideologie

Wie gelang es Hitler und seiner NSDAP, die Kirche auf ihre Seite zu bekommen?

Bereits 1924 stellte Hitler in seiner Schrift "Mein Kampf" dar, dass die Kirche ein Teil des Staates sein sollte, den er nach seinen Vorstellungen aufbauen wollte. Demnach sei es die Pflicht der Deutschen, in „Hochachtung vor den Amtskirchen“ zu leben. Auch soll Hitler 1924 in einem Zwiegespräch mit Dietrich Eckart geäußert haben: „Luther war ein großer Mann, ein Riese. Mit einem Ruck durchbrach er die Dämmerung, sah den Juden, wie wir ihn erst heute zu sehen beginnen.“<sup>23</sup> Hieran wird verständlich, warum Hitler besonders um die evangelische Kirche warb.

Schon vor der Reichstagswahl am 05. März 1933 begann Hitler, der Kirche seine Wertschätzung zu vermitteln. Er demonstrierte dies am Ende seiner Rede vom 04. März

---

<sup>20</sup> ZSLJVL, 147 Js 58/67, Anklageschrift gegen Lensch und Dr. Struve der StA beim Landgericht Hamburg vom 24.4.1973, S. 138

<sup>21</sup> Bericht der Kommission der med. Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Beteiligung von Prof. Dr. Jussuf Ibrahim an der Tötung schwerstgeschädigter Kinder im Nationalsozialismus, Jahr 2000

<sup>22</sup> Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, Js 17/59 (GstA) Anklageschrift Heyde, Bohne und Hefelmann vom 22.5.1962, S. 82-83

<sup>23</sup> Dietrich Eckart, Der Bolschewismus von Moses bis Lenin, Zwiegespräche zwischen Adolf Hitler und mir, München 1924, S. 35

1933, die er anlässlich der Reichstagswahlen hielt, indem er die Rede mit dem Geläut des Königsberger Doms und dem Choral "Wir treten zum Beten", welche beide noch alte Symbole aus der Kaiserzeit waren, enden ließ. Auch zur Unterstützung seines zweifellos vorhandenen rhetorischen Talents bediente sich Hitler in seinen Reden des Öfteren christlicher Formeln, wie zum Beispiel am 10. Februar 1933 im Berliner Sportpalast. Er ließ seine Rede im Rhythmus des "Vater Unser" mit folgenden Worten enden: "[...] dass eben doch einmal die Stunde kommt, in der Millionen, die uns heute hassen, hinter uns stehen und mit uns dann begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. Amen".<sup>24</sup> Durch diese demonstrierte Wertschätzung, die Hitler den Mitgliedern der evangelischen Kirche in seinen Reden entgegenbrachte, und die Unterstützung Hitlers und seiner Partei durch große Teile insbesondere der evangelischen Kirche, wurden viele Christen noch kurz vor der Reichstagswahl davon überzeugt, dass sie die NSDAP wählen konnten.

Am 23. März 1933 erklärte Hitler dann in seiner Regierungserklärung, dass die Reichsregierung den Konfessionen in den Gebieten Schule und Erziehung weiterhin den ihnen zukommenden Einfluss gewähren würde und die christlichen Glaubensrichtungen eine rechtliche Unantastbarkeit und Schutz und Förderung durch den Staat garantiert bekämen. Dafür wurde von der Kirche erwartet, dass die Leistungen der Regierung zu würdigen seien. Offenbar war das für viele Christen kein Problem, da sich vor allem die evangelische Kirche von der neuen Regierung die Bekämpfung des "gottlosen" Bolschewismus und der "marxistischen Verirrungen", von denen sie sich nach der bolschewistischen Machtergreifung in Russland und durch die Politik der Weimarer Jahren 1921-1925 bedroht fühlte, erhoffte. Außerdem erwartete man die Wiederanerkennung des Evangeliums und die Wiedereinführung der christlichen Werte ins öffentliche Leben, die Bekämpfung des Judentums und generell eine "nationale Umwälzung".<sup>25</sup>

### 3.2. Deutsche Christen

Bereits in der Kaiserzeit gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen in der evangelischen Kirche stark antisemitisch-rassistische und nationalistische Ideen an Bedeutung. Diese Ideen führten zu der Überzeugung, dass im göttlichen Heilsplan für die Deutschen und ihr Reich ein besonderer Platz vorgesehen sei. Der Schriftsteller Max Beyer (1861-1921) verstieg sich in seiner Schrift "Der Deutsche Jesus" 1907 sogar zu der Behauptung, dass Jesus von deutschen Söldnern abstamme und Deutsche deshalb die besten Christen seien, in der geistigen Entwicklung nur vom materialistischen Judentum behindert.

Der latente und immer offener zutage tretende Antisemitismus äußerte sich in dem Versuch, eine Trennung zwischen dem zürnenden Gott Jehova des Alten Testaments und der Dreifaltigkeit Gottvater, Sohn und Heiliger Geist zu erreichen bis hin zur Forderung des

---

<sup>24</sup> Overlack, Victoria: Zwischen nationalem Aufbruch und Nischenexistenz. Evangelisches Leben in Hamburg 1933-1945; Hamburg 2007, S. 33

<sup>25</sup> Overlack, Victoria: Zwischen nationalem Aufbruch und Nischenexistenz. Evangelisches Leben in Hamburg 1933-1945; Hamburg 2007, S. 35

Flensburger Pfarrers Friedrich Andersen<sup>26</sup> aus dem Jahre 1904, das Alte Testament und "alle jüdischen Trübungen der reinen Jesuslehre" abzuschaffen.<sup>27</sup>

Dabei kam dem Heiligen Geist eine durchaus mythische Bedeutung zu, wie sie sich zum Beispiel in Richard Wagners Bühnenweihfestspiel "Parsifal" zeigt. Auch der deutsche Kaiser Wilhelm II. fühlte sich vom Heiligen Geist erleuchtet.

Durch die sozialistische Revolution und die nachfolgende Unterdrückung der Kirche durch die bolschewistische Regierung in Russland war die evangelische Kirche in der Weimarer Republik verunsichert und suchte um so mehr die Verbindung zu völkischen Kreisen. Das zeigte sich exemplarisch auf dem "vaterländischen Kirchentag", der 1927 in Königsberg stattfand und sich eigentlich zum Ziel gesetzt hatte, sich von allzu radikalen Bewegungen zu distanzieren. Stattdessen ebnete eine Rede des Theologen Paul Althaus, in der er die Notwendigkeit der "Reinheit des Blutes" als Voraussetzung für die "Herrschaft des Volkstums" verneinte, der Idee einer "deutschen Verkündigung des Evangeliums" den Weg.<sup>28</sup>

Die NSDAP machte sich dieses in ihrem Parteiprogramm zunutze, in dem unter dem Punkt 24 von einem "positiven Christentum" gesprochen wird. Damit zogen die Nationalsozialisten, für die seit 1928 auch der oben erwähnte Pastor Friedrich Anderesen als Redner auftrat, viele radikale Mitglieder der evangelischen Kirche auf ihre Seite.

Um 1930 entstand in Thüringen eine christliche Gruppierung, die streng nach dem Führerprinzip handelte. Sie bezeichnete sich als die „SA Jesu Christi“, die sich zum „positiven Christentum“ bekannten. Sie strebten „Rassenreinheit“ der Kirchenmitglieder an. Niemand mit jüdischen Wurzeln sollte in der Kirche tätig sein dürfen.

Die "Glaubensbewegung Deutsche Christen" wurde am 6.6.1932 von Pfarrer Joachim Hossenfelder aus Berlin gegründet. Diese Bewegung sollte als Partei innerhalb der evangelischen Kirche im ganzen Reich wirken. Die "Richtlinien", die am Gründungstag verfasst wurden, ließen keine Zweifel an der Ideologie dieser Bewegung aufkommen: „Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen. [...] Daher ist der Rassenvermischung entgegenzutreten. [...] In der Judenmission sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper. [...] Insbesondere ist die Eheschließung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.“<sup>29</sup>

Interessant ist ferner, dass das Programm die Einrichtung einer "Reichskirche" vorsah, die streng nach den Führerprinzip auszurichten sei und der die Auflösung der Landeskirchen voranzugehen habe. Weiterhin sollten alle "Judenchristen", also getaufte ehemalige Juden oder Nachfahren aus christlich-jüdischen Mischehen aus dieser "Reichskirche" ausgeschlossen werden.

---

<sup>26</sup> \* 15. Juli 1860 in Genf; † 15. April 1940 in Glücksburg; evangelischer Theologe und Mitbegründer der Deutschen Christen

<sup>27</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Christen](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Christen); 24.2.2017; 17:22 Uhr

<sup>28</sup> Muss hier eine Fußzeile hin?

<sup>29</sup> aus: Wolfgang Sauer, Universität Hannover (1997/98): *Volkstum gegen Bekenntnis. Die Richtlinien der Deutschen Christen und die Barmer Theologische Erklärung*, S. 7

Noch im selben Jahr konnten die „Deutschen Christen“ bei den Kirchenwahlen in der Altpreußischen Union fast ein Drittel der Stimmen für sich gewinnen. Nach der Machtübernahme der Partei Hitlers 1933 hatten die „Deutschen Christen“ einen Massenzulauf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Hitler die Deutschen Christen als ein Instrument benutzt hat, mit dem er die gesamte protestantische Kirche gleichschalten und Ausrichtung auf die nationalsozialistische Weltanschauung bewegen konnte und daher protegierte. Bei den Synodalwahlen der Landeskirchen 1933 erreichten die deutschen Christen eine Zweidrittelmehrheit. Nun konnten sie fast alle wichtigen und hohen Ämter der protestantischen Kirche besetzen. So wurde am 6. September 1933 auch der Deutsche Christ Ludwig Müller, seit April 1933 Hitlers „Bevollmächtigter für die Angelegenheiten der Evangelischen Kirche“, zum Reichsbischof ernannt. Er war nun der höchste evangelische Würdenträger des Reichs.<sup>30</sup>

### 3.3. Bekennende Kirche

Als der bis dahin nur für Beamte geltende Arierparagraph auch für Pastoren gelten sollte und für Geistliche mit jüdischen Wurzeln zur Bedrohung wurde, riefen die Pfarrer Eugen Weschke, Herbert Goltzen und Günter Jacob im September 1933 den Pfarrernotbund ins Leben. Der Notbund rief alle Pfarrer zum Protest gegen diesen Paragraphen auf. Bis Januar 1934 schlossen sich der Organisation 7000 Pfarrer des Reichs an. Dieses entspricht ungefähr einem Drittel der damaligen Gesamtzahl der protestantischen Pfarrer.

Außerdem entwickelten sich in vielen Landeskirchen sogenannte Bekenntnisgemeinschaften. Die Bekenntnisgemeinschaften und der Pfarrernotbund bildeten die Wurzeln der Bekennenden Kirche.<sup>31</sup> Diese gründete sich vom 29. bis 31. Mai 1934 auf der ersten Barmer Bekenntnissynode. Sie sah sich als rechtmäßige evangelische Kirche und verweigerte dem Nationalsozialismus den Gehorsam. Am 19. und 20. Oktober 1934 fand die zweite Bekenntnissynode statt. Mit den Landesbischöfen von Bayern, Hannover und Württemberg, die einzigen Landesbischöfe, die nicht den Deutschen Christen angehörten, setzten sie die „Vorläufige Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche“ in Kraft. Diese vermochte sich bis 1936 zu halten, doch immer wieder wurden bekannte Mitglieder der Bekennenden Kirche wie Martin Niemöller oder Dietrich Bonhoeffer mit Redeverbot belegt, unter Hausarrest gestellt oder in Haft genommen. Dieses behinderte die Arbeit enorm.

Immerhin führte diese offene Gegenbewegung dazu, dass Hitler bereits 1934 von seinem Plan absah, die evangelische Kirche weiter als "fünfte Kolonne" zu missbrauchen.<sup>32</sup> Trotzdem versuchte aber das NS-Regime einen Kompromiss zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche zu finden, da die Bekennende Kirche sich großer Beliebtheit erfreute.

---

<sup>30</sup><https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/innenpolitik/christen>; 12.2.2017; 13:36 Uhr

<sup>31</sup><https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/innenpolitik/christen>; 12.2.2017; 13:36 Uhr

<sup>32</sup> [http://www.lexikon-drittes-reich.de/Deutsche\\_Christen](http://www.lexikon-drittes-reich.de/Deutsche_Christen); 24.2.1017; 17:52

Dieses Vorhaben gelang allerdings nicht. Im März 1936 wählten die Mitglieder der Bekennenden Kirche erneut die „Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche“. Im Mai 1936 richtete die Bekennende Kirche eine geheime Denkschrift an Hitler, in der sie die Verhaftungen ihrer Mitglieder, Konzentrationslager, die „Geheime Staatspolizei“ sowie die Judenverfolgungen anprangerte. Kurz darauf (1937) waren 800 Mitglieder der Bekennenden Kirche wegen Staatsverrat vor Gericht.

Zu Beginn des Krieges wurde von Heinrich Grüber ein Büro eingerichtet, welches Pfarrer mit jüdischen Wurzeln zur Flucht verhalf und diesen beistand. Doch auch dieses musste zwei Jahre später nach der Verhaftung Grübers geschlossen werden. Der verbliebene Rest der Bekennenden Kirche verurteilte in der Folge zwar noch einmal den Mord an den Juden, doch der große Protest war gebrochen.<sup>33</sup>

### 3.4. Beispiel: Theophil Wurm: eine Kurzbiografie

Theophil Wurm, dessen Name so viel bedeutet wie "der Freund Gottes" wurde am 7. Dezember 1868 in Basel als Sohn eines Lehrers und späteren Dekans geboren. Nach seinem Schulabschluss begann er, Theologie in Tübingen zu studieren. 1891 schloss sich ein achtjähriges Vikariat an, wonach er 1899 in Stuttgart als Pfarrer der Inneren Mission zu arbeiten begann. Ein Jahr später heiratete er Marie Bruckmann, mit der er drei Töchter und zwei Söhne bekam. 1901 begann sein Aufstieg in der Kirche: Wurm wurde zum Geschäftsführer der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart erhoben, 12 Jahre später geht er als zweiter Stadtpfarrer nach Ravensburg. Nach dem ersten Weltkrieg ließ sich Theophil Wurm für die rechtsnationale DNVP in den württembergischen Landtag wählen. Seine Zeit im Landtag war jedoch nur von einer Dauer von zwei Jahren, denn 1920 hatte er die Möglichkeit, Dekan in Reutlingen zu werden. Diese Möglichkeit ergriff er und gab deshalb sein Landtagsmandat auf. Nach sieben Jahren ging Wurm 1927 nach Heilbronn, um dort als Prälat tätig zu werden. Im Jahre 1929 vollzog sich dann der letzte große Schritt in Wurms Aufstieg in der Kirche. Er wird zum württembergischen Kirchenpräsidenten gewählt, eine Position, die 1933 in den Titel "Landesbischof" umbenannt wurde.

Nachdem die Nationalsozialisten dann im selben Jahr die Macht in Deutschland übernahmen, war Theophil Wurm zuerst positiv gegenüber den neuen Machthabern eingestellt und unterstützte diese uneingeschränkt. Mit ihrer Machtübernahme hoffte er, die Arbeiterschaft, die der evangelischen Kirche im 19. Jahrhundert verloren gegangen war, wiedergewinnen zu können. Schon ab 1934 jedoch begann Wurm gegen die Nationalsozialisten und deren Gleichschaltungsprogramm zu protestieren, welches auch begann, die Landeskirche anzugreifen, und versuchte, diese in die gleichgeschaltete "Reichskirche" einzugliedern. Beispielhaft für den Protest Wurms steht wohl seine Predigt, die er am 22. April 1934 im Ulmer Münster hielt und in der er seine Stimme gegen die Gleichschaltung der Landeskirche erhob. Aufgrund seiner Wehr wurde der Landesbischof dann im Oktober desselben Jahres zu drei Wochen Hausarrest verurteilt. In dieser Zeit schalteten die Nationalsozialisten nun auch die württembergische Landeskirche gleich,

---

<sup>33</sup><https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/innenpolitik/bekennende-kirche.html>; 12.2.2017; 16:30 Uhr

indem sie einen Kommissar anstelle Wurms einsetzten und alle weiteren Geistlichen und Amtsträger entließen. Die meisten der entlassenen Pfarrer, Dekane, Prälate und Oberkirchenräter hielten jedoch zu Wurm und veranstalteten Protestaktionen, die schlussendlich dazu führten, dass Theophil Wurm Bischof der evangelischen Kirche in Württemberg blieb. In den folgenden Jahren ordnete sich Wurm kaum einer Seite zu. Zum einen war er 1936 maßgeblich daran beteiligt, ein Konzept zur Erhaltung der Eigenständigkeit der Kirche auszuarbeiten und gründete darauffolgend den "Rat der Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands" mit. Er machte jedoch auch auf sich aufmerksam, indem er zum Teil antisemitische Äußerungen von sich gab (z.B. die württembergische Kirche ist "judenfreier als irgendeine andere"<sup>34</sup> oder auch: "Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen. Ich habe von Jugend auf das Urteil von Männer wie Heinrich von Treitschke und Adolf Stoecker über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichen und politischem Gebiet für zutreffend gehalten"<sup>35</sup>) und nach dem Verständnis einiger der Landeskirche zugehöriger Pfarrer zu wenig gegen die Sudetenkrise, den Anschluss Österreichs an Deutschland und die "Reichskristallnacht" protestierte. Dies führte zu einem großen Widerspruch einer Gruppe von Pfarrern, die Teil der bekennenden Kirche waren und Theophil Wurm aufforderten, sich zum Barmer Bekenntnis<sup>36</sup> zu bekennen und dementsprechend auch den nationalsozialistischen Staat und seine Handlungen zu verurteilen. Nach und nach wurde Theophil Wurm dann die unmenschliche und unchristliche Haltung der Nationalsozialisten gegenüber den Menschen bewusst und er begann im Jahre 1940 in Form von Briefen an die Regierungsstellen, wie auch an das Reichsministerium des Innern, zu protestieren. Er wehrte sich vor allem gegen die Tötung von Kranken, also gegen die Euthanasie, gegen die Judenverfolgung und gegen die Verdrängung der Kirche aus den Erziehungsbereichen. Als einer seiner berühmtesten Briefe gilt wohl der Protestbrief an den Reichsinnenminister Frick, in dem er das Ministerium dazu auffordert, Schluss zu machen mit der Tötungen kranker Menschen. Aus diesem Brief stammt auch sein berühmter Spruch "Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr". Durch seine schnelle Annäherung an den radikalen Teil der bekennenden Kirche, wegen Beziehungen zum "Kreisauer Kreis" und durch seine häufigen Proteste wurde er dann 1944 von den Nationalsozialisten mit einem Schreib- und Redeverbot belegt.

Nachdem der Krieg und die nationalsozialistische Herrschaft beendet waren, setzte sich Theophil Wurm in den kommenden Jahren für den Neuaufbau der Kirche ein. So war er Mitunterzeichner des "Stuttgarter Schuldbekenntnisses", welches einen wesentlichen Baustein zur Einung der evangelischen Kirche und zur Aufnahme der ökumenischen Zusammenarbeit darstellt. Ebenfalls 1945 war Wurm Mitgründer der "EKD" ("Evangelische Kirche in Deutschland"), deren primäres Ziel es war, die im Dritten Reich gespaltene evangelische Kirche wieder zusammenzuführen und neu aufzubauen. Drei Jahre nach Kriegsende legte Theophil Wurm im Alter von 80 Jahren dann sein Amt als Bischof nieder und ein Jahr später auch seinen Posten als Ratsvorsitzender der EKD. Theophil Wurm, der

---

<sup>34</sup> Wurm 1937

<sup>35</sup> Wurm 1938

<sup>36</sup> Erklärung der „Deutschen Evangelischen Kirche“ am 29. Mai 1934 auf der zweiten Bekenntnissynode in Barmen, in denen sechs Thesen formuliert wurden, die sich gegen die „Deutsche Christen-Bewegung“ und den Nationalsozialismus wandten.

Freund Gottes in der wohl dunkelsten Zeit deutsch-evangelischer Geschichte, starb am 18. Januar 1953 in Stuttgart.

### 3.5. Geteilte evangelische Kirche in Hamburg

Wie das obige Beispiel Theophil Wurms zweifelsfrei zeigt, gab es evangelische Geistliche, die den Nationalsozialismus nicht mit dem christlichen Glauben vereinen konnten. So unter anderem auch Walther Hunzinger, Sohn des damaligen Hauptpastors von St. Michaelis, August Wilhelm Hunzinger, und Schwiegersohn des damaligen Hauptpastors der St. Nikolai Kirche, Heinz Beckmann. Er erkannte schon 1931, welche Gefahren unter anderem auch für die Kirche vom Nationalsozialismus ausgingen. Hunzinger erkannte sowohl in der kommunistischen als auch nationalsozialistischen Ideologie eine Vergöttlichung, d.h. Gleichstellung des Menschen mit Gott, die er entschieden ablehnte. Nur wenige Pastoren Hamburgs teilten die Meinung Hunzingers. Er bewegte sich mit seinen Aussagen zu offen in Kreisen des Widerstands.

Mit den großen Wahlerfolgen der Nationalsozialisten ab 1932 wurde jedoch das Unbehagen einiger Hamburger Pastoren größer, ob sich der Nationalsozialismus wirklich mit der christlichen Botschaft vereinen ließe. Dabei stach die Stimme eines Eilbeker Gemeindegelders namens Schulz besonders heraus, der Kritik am 24. Programmpunkt der NSDAP äußerte, welcher die Religionsfreiheit und Äußerung der Religionen einschränkte.

Die große Kritik der evangelischen Kirche am Nationalsozialismus blieb allerdings aus, da schon ab dem 30.01.1933 offizielle wie inoffizielle Verfolgungsaktionen gegen Kritiker des Nationalsozialismus begannen und deshalb viele Pastoren aus Selbstschutz keine Kritik mehr äußerten.

Die Nationalsozialisten stellten ab 1933 gezielt Pastoren ein, die auch die Idee des Nationalsozialismus vertraten. Diese entstammten dem rechten politischen Spektrum, nur wenige gehörten jedoch der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ (NSDAP) an. Die frühen NSDAP-Anhänger in der Kirche konnten eine große Karriere machen, so zum Beispiel Franz Tügel. Er war zu Beginn der NS-Zeit noch Pastor an der Gnadenkirche St. Pauli, ist dann aber schnell durch die gezielte Förderung der Nationalsozialisten Pastor an der Hauptkirche St. Jacobi geworden und bis zum evangelischen Landesbischof aufgestiegen. Dafür setzten die Nationalsozialisten den amtierenden Landesbischof Simon Schöffel ab. Tügel warb in seinen Predigten offen für die Nationalsozialisten.<sup>37</sup> Für ihn wie wohl auch für andere Hamburger Pastoren bezog das "Deutsche Evangelium", das untrennbar mit dem Dritten Reich verbunden war, seine Legitimation aus der Dreifaltigkeit Gottes, insbesondere deren dritten Teil, dem Heiligen Geist. Der amtierende Pastor der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde St. Jürgen-Zachäus<sup>38</sup>, Wolfgang Peper<sup>39</sup> sagt im Gespräch, was er als

---

<sup>37</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Franz\\_T%C3%BCgel](https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_T%C3%BCgel)

<sup>38</sup> Die St. Jürgen Kirche ist die Kirche gewesen, die damals für die Anstalt in Ochsenzoll verantwortlich war. Sie wurde unter den Nationalsozialisten 1938/39 erbaut. Zachäus ist eine kleinere Kirche, die erst 1973 errichtet worden ist. 2009 schlossen sich beide Gemeinden zusammen.

Theologe von dieser Legitimation hält: Er kann sich nur vorstellen, dass die Pastoren, die so gepredigt haben, extrem „fanatisch“ gewesen sein mussten. Mit dem „Heiligen Geist“ verbindet der christliche Glaube laut Peper „Liebe, Friede, Freude und Freundlichkeit, Geduld, Güte, Musik, Völkerverständigung, ein christliches Menschenbild der Vergebungsbereitschaft, Solidarität mit allen Schwachen, Phantasie zu einem gelungenen Leben, Mut zu Neuem und nicht etwa solche Verbrechen an Schwächeren, die mit so etwas Gutem und Gütigem gerechtfertigt wurden.“

Die Veränderungen im Alltag unter nationalsozialistischer Herrschaft wurden jedenfalls wahrgenommen und begrüßt. Ende März 1933 schrieb ein Pastor an seinen Freund, dass sich die Menschen verändert hätten: „Als ich Sonntagnachmittag nach einer Taufe im Auto nach der Rückertstraße gebracht wurde, wo ich Trauung und Taufe hatte, spürte ich, durch die Straßen heimkehrend, wie die Leute anders geworden sind. Der Terror der Kommunisten ist wirklich gebrochen, die Atmosphäre gereinigt. Auch heute im Versorgungsheim kein „Hamburger Echo“ mehr auf den Betten.“<sup>40</sup>

Die geschilderten Ereignisse waren Folgen auf den Reichstagsbrand vom 27. auf den 28. Februar 1933. Die sozialdemokratische Zeitung „Hamburger Echo“ berichtete kritisch über dieses Geschehen und seine Folgen und wurde deshalb verboten. Als unmittelbare Reaktion darauf traten die sozialdemokratischen Senatoren Hamburgs von ihrem Amt zurück. Unliebige Zeitungen wie das „Hamburger Echo“ wurden von den Nationalsozialisten als „Schund- und Hetzliteratur“ gebrandmarkt, da solche Schriften nicht ins Bild der neuen Machthaber passten. Mit Worten wie „Schund- und Hetzliteratur“ wurde die Stimmung in der Bevölkerung von den neuen Machthabern ideologisch aufgeheizt und gelenkt, sodass die Zahl der Anhänger und Befürworter immer weiter stieg. Die Mehrheit der evangelischen Pastoren war dafür, diese kritische Presse und Literatur zu verbieten, sowie Sozialdemokraten und Kommunisten zu verhaften, denn auch in der Hamburger Kirche war die Sorge vor einem kommunistischen Umsturz größer gewesen als die Furcht vor dem, was ein rechtsradikale Machtübernahme für Folgen nach sich ziehen würde.

## 4. Hamburg-Langenhorn

### 4.1. Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn

Gegründet wurde die Anstalt 1893 unter dem Namen "Landwirtschaftliche Colonie für Geisteskranke Langenhorn" als Außenstelle der Anstalt Friedrichsberg und war ursprünglich dazu gedacht, dass "besitzlose Geisteskranke", denen die finanziellen Möglichkeiten fehlten, sich ärztlich versorgen zu lassen, einen Zugang zu ärztlicher Behandlung bekamen<sup>41</sup>. Die

---

<sup>39</sup> Pastor Wolfgang Peper hat sich beruflich wie privat mit dem Thema Euthanasie intensiv beschäftigt. Er hat ein Sabbatjahr eingelegt, um nach Wien zu fahren und dort gezielt zu diesem Thema zu forschen.

<sup>40</sup> Zitat: Brief von Pastor Hahn an seinen Freund Harten am 28.3.1933.

<sup>41</sup> 1893-1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, S. 4

Idee entstand bereits am 06.05.1888 in Form eines Memorandums, auf die gut zweieinhalb Jahre später, am 23.02.1891, der Antrag des Senats folgte, an der "Tannenkoppel" diese "landwirtschaftliche Kolonie" für 200 Menschen zu errichten. Diesem Antrag wurde stattgegeben. So wurde von 1892 bis 1893 die Kolonie erbaut, bis sie am 01.04.1893 eröffnet wurde. Es lebten aber bereits seit dem 01.10.1892 20 Patienten in der Anstalt. Bis zum 01.08.1893 war die Anstalt schon zur Hälfte belegt. Das Betriebskonzept sah vor, dass sich die Patienten landwirtschaftlich betätigen mussten. Bereits Ende 1894 wurde von der Leitung der "Kolonie" beantragt, dass diese um 200 Betten erweitert wird. Stattdessen erfolgte 1897 wiederum auf Antrag des Senats 1897 sogar eine Erweiterung um 300 Betten, die von 1898 bis 1900 durchgeführt wurde. Im Jahre 1899 wurde die Kolonie umbenannt in "Irrenanstalt Langenhorn"<sup>42</sup>. Die Landwirtschaft fand aber weiterhin statt, auch wenn jetzt von den neuen Patienten nicht mehr alle arbeitsfähig waren. Am 13.01.1901 wurde dann das "Fest- und Gottesdiensthaus" eingeweiht, allerdings ohne eigenen Pastor.



**Abbildung 1: Anstaltskirche in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn**

Von 1904 bis 1909 fand eine zweite Erweiterung statt, die angestoßen wurde von Dr. Theodor Neuberger. Mit diesem zweiten Ausbau entstand auch das "gesicherte Haus", um erstmalig in Hamburg sogenannte "gemeingefährliche geistesranke Verbrecher" getrennt unterbringen zu können und das schon 1905 bezogen wurde. In der Anstalt fanden nun 1060 Menschen Platz.

Bereits 1910 begann eine dritte Erweiterungsphase. An deren Ende 1914 konnten in der Anstalt 1853 Patienten unterkommen. Eine daraufhin geplante vierte Erweiterung scheiterte am Ersten Weltkrieg, währenddessen vermehrt Patienten an Unterernährung starben.

Nach Kriegsende wurde die "Irrenanstalt Langenhorn" umbenannt in "Staatskrankenanstalt Langenhorn"<sup>43</sup>. Im Jahre 1923 nahm das Krankenhaus dann 127 Waisenkinder auf und eröffnete am 01.04. desselben Jahres die Irrenpflegeschule auf dem Gelände. Ab 1927 wurden in der Anstalt Patienten direkt aufgenommen und nicht mehr nur auf Einweisung der Anstalt Friedrichsberg. 1938 erfolgte die Umbenennung in "Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn"<sup>44</sup> und wurde in das Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten aufgenommen.

---

<sup>42</sup> 1893-1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, S. 8

<sup>43</sup> ebendort

<sup>44</sup> ebendort

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 wurde die Anstalt dann zum Hilfskrankenhaus. Neben psychisch Kranken wurden auch somatisch Kranke aufgenommen. Dennoch wurde 1940 im Rahmen des "Reichsausschusses" die Kinderfachabteilung gegründet.<sup>45</sup>

Als Hamburg ab dem 24.07.1943 bombardiert wurde, kam dem Krankenhaus eine immer größere Bedeutung zu. Dadurch, dass die Klinik außerhalb der Stadt lag, fielen kaum Bomben auf das Gelände. Bei den wenigen Angriffen, die die Anstalt trafen, wurde niemand verletzt. Deshalb wurde begonnen, die Ausgebombten aus der Stadt hierher zu verlegen<sup>46</sup>. Mit der Aufnahme dieser Menschen bestand 1943 die Mehrheit der Patienten (1455) in der nun in "Allgemeines Krankenhaus Langenhorn" umbenannten Anstalt aus somatisch Kranken. Es waren aber immer noch 1243 psychisch Kranke dort untergebracht, da das Krankenhaus weiter als Verlegungsstelle im Euthanasieprogramm fungierte.

In der 1953 in "Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll"<sup>47</sup> umbenannten Anstalt wurde noch bis 1974 landwirtschaftlich gearbeitet. Seit Kriegsende hat die Klinik diverse neue Abteilungen gewonnen, wie zum Beispiel 1978 mit der Abteilung für Neurologie, 1982 mit der Eröffnung des Sozialtherapiezentrum und 1987 mit der Eröffnung des Neubaus für den Maßregelvollzug. Heutzutage gehört die Klinik zum Asklepios Konzern.<sup>48</sup>

## 4.2. Kooperationen und ausführende Ärzte

Die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn unterstand während des Dritten Reichs der Hamburger Gesundheitsverwaltung, deren Leiter Senator Friedrich Offerdinger war. Ihm unterstellt war Obersenatsrat Kurt Struve. Leiter des Hauptgesundheitsamtes, dem die übrigen Gesundheitsämter der Stadt untergeordnet waren, war Hermann Sieveking. Dem Hauptgesundheitsamt waren noch zwei Dezernate angegliedert: das Dezernat A, zuständig u.a. für die Erb- und Rassenpflege, unter Leitung von Hans Schmidt, und das Dezernat B, das zuständig war für die Maßnahmen im Rahmen des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", geleitet von Helmuth Rautenberg.<sup>49</sup>

Die Langenhorner Anstalt besaß keine Lizenz zur Sterilisation im Rahmen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Die Ärzte der Anstalt hatten lediglich Urkunden auszufüllen, wer erbkrank war und wer nach dem damaligen Verständnis sterilisiert werden musste. Diese Urkunden wurden vom Anstaltsleiter an das Gesundheits- und Fürsorgeamt weitergeleitet. Dieses Amt verwaltete dann den weiteren Verlauf der Dinge: den Transport in eine Klinik mit Lizenz zur Sterilisation und den dortigen Aufenthalt.

---

<sup>45</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 2, Bl. 215 ff Aussage Obersenatsrat Kurt Struve

<sup>46</sup> Hertz, Maria Dorothea: 1893 – 1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll; Hamburg 1993 S.115

<sup>47</sup> 1893-1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, S. 8

<sup>48</sup> Alles weitere: 1893 – 1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, S. 5 ff

<sup>49</sup> Burlon, Marc; Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus; Hamburg 2009, S. 55 f

Im Rahmen des Euthanasie-Programms fungierte die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn als Zwischenanstalt für die Deportationen<sup>50</sup>. Von hier aus wurden innerhalb der sechs Jahre dauernden Aktion mehr als 4000 Patienten in Umlandsanstalten, weitere Zwischenanstalten oder gerade auch am Ende in Tötungsanstalten verlegt. Die Daten von 3755 Patienten belegen, dass von den deportierten Patienten 2668 Patienten starben, also mehr als 70%, wobei das Schicksal von weiteren 599 der 3755 Patienten ungeklärt ist.<sup>51</sup> Zu den wichtigsten der 20 Anstalten, mit denen die Heil- und Pflegeanstalt kooperierte, zählten die Umlandsanstalten Rickling und Ilten, die Zwischenanstalten Eichberg und Weilmünster und die Tötungsanstalten Hadamar und Meseritz-Obrawalde<sup>52</sup>.

Seit 1933 war der Nationalsozialist Gerhard Hanko Verwaltungsleiter der Anstalt. Er verdankte diese Position seiner Parteizugehörigkeit. Hanko trieb die Selektion von arbeitsfähigen und "unnützen" psychisch kranken Patienten voran. Letztere wurden in die Tötungsanstalten deportiert, da die Arbeitsfähigkeit für die Nationalsozialisten im Vordergrund stand, während eine medizinische Behandlung so gut wie gar nicht stattfand.<sup>53</sup> Der überlebende Patient Fritz Niemand berichtete, dass gelegentlich zwar Ärzte auf die Station kamen, er diese aber nur von weitem sah, und dass diese ihn gar nicht kannten.<sup>54</sup>

Die Heil- und Pflegeanstalt besaß 1939 sechs medizinische Stationen:

- psychiatrische Abteilung
- medizinische Abteilung
- chirurgische Abteilung
- Infektionsabteilung
- dermatologische Abteilung
- Abteilung für Tuberkulosekranke- Krankenabteilung für Ausländer<sup>55</sup>

Dabei war die psychiatrische Abteilung für die Erstellung der Gutachten zuständig, die das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vorsah. Euthanasiemaßnahmen an Erwachsenen waren ausdrücklich nicht vorgesehen. Zur Abteilung gehörten die Ärzte Dr. Lange, Dr. Lua, Dr. Knigge, Dr. Quickert und Dr. Kerl. Während die medizinische Diagnose unter den Abteilungsärzten oft unstrittig war, kamen die Gutachten jedoch durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen, die auch die Einstellung der Ärzte widerspiegelt. Beispielhaft sind die Gutachten der Ärzte Dr. Lange und Dr. Lua.

Dr. Lange, seit 1936 Assistenzarzt in Langenhorn mit offenkundig persönlichen Problemen (Alkoholismus), bewegte sich mit seinen Gutachten in den Gefilden von Binding und Hoche. So stammen von ihm folgende Beurteilungen: "Unheilbar und für die menschliche

---

<sup>50</sup>Burlon, Marc: Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus, Hamburg 2009, S. 54

<sup>51</sup> Von Rönn, Peter; Böhme, Klaus; Lohalm, Uwe: Wege in den Tod, Hamburg 1993, S. 9

<sup>52</sup> Von Rönn, Peter: 1893 – 1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll; Hamburg 1993, S. 132

<sup>53</sup> Von Rönn, Peter: 1893 - 1993 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, Hamburg 1993, S.131

<sup>54</sup> Wunder, Michael: Wege in den Tod; Hamburg 1993, S. 392

<sup>55</sup> Akte: STAHH; Bestand: 352-8/7; Nr.: 7a; 6.1.2017

Gemeinschaft als wertvolles Mitglied verloren", "Durch die homosexuellen Neigungen schädlich und wertlos für die Gemeinschaft", oder "Alles in allem eine wertlose Niete in der menschlichen Gemeinschaft". Demgegenüber äußerte sich Dr. Lua, seit 1912 in Langenhorn angestellt und seit 1919 verbeamteter Anstaltsarzt, in seinen Gutachten deutlich differenzierter: "Antriebsschwäche, antwortet korrekt, zeitlich und örtlich orientiert. Kontaktfähig. Berichtet, er habe in Rickling bei Hausarbeit geholfen.", "Gelegentlich zeigt sich eine Störung des Wirklichkeitsgefühl. Orientierung vorhanden. Ist kontaktfähig.", aber auch "Nach vorübergehender Besserung scheint er wieder in die Richtung des früheren Zustandes abzugleiten."

Knigge, Kerl und Quickert zielten in ihren Gutachten dagegen mehr auf die Arbeitsfähigkeit der Patienten. So heißt es in einem Gutachten von Quickert: "Seine produktive Arbeitsleistung ist nur sehr gering.", bei Knigge: "Hilft beim Reinemachen der Station, leistet aber keine eigentlich produktive Arbeit." und bei Kerl: "Arbeitsleistung war unterschiedlich. Im wirtschaftlichen Ergebnis wohl nicht ausreichend zur Kostendeckung."<sup>56</sup>

Eine entscheidende Figur war der langjährige Assistenzarzt der psychiatrischen Abteilung, Friedrich Knigge (1900-1947). Knigge wurde als ausgebildeter Facharzt der Neurologie und Psychiatrie im Dezember 1929 in der Anstalt angestellt, aber erst 1940 verbeamtet, nachdem er 1937 der NSDAP und 1939 dem NS-Ärztebund beigetreten war. Im Dezember 1940 nahm Knigge zusammen mit dem Leiter des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort, Wilhelm Bayer an einer Sitzung des „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“ in Berlin teil, in deren Folge er auf Veranlassung von Offerdinger die ärztliche Leitung der neugegründeten und Offerdinger unterstellten Kinderfachabteilung in der Heil- und Pflegeanstalt übernahm, der Abteilung, in der bis zu ihrer Auflösung im Juli 1943 das Kinder-Euthanasieprogramm ("Reichsausschuss") stattfand. Im Jahre 1942 wird Knigge zum Oberarzt befördert und schließlich am 1.12.1943 ärztlicher Direktor der in "Allgemeines Krankenhaus Langenhorn" umbenannten Anstalt.<sup>57</sup>

Das Personal der Kinderfachabteilung rekrutierte sich aus der Heil- und Pflegeanstalt. Dem Bericht einer Krankenschwester zufolge war die Station gering belegt.<sup>58</sup> Am Eingang der Station soll laut der Nachkriegsaussage einer Mutter gestanden haben: "Station zur wissenschaftlichen Erfassung"<sup>59</sup> In der Anstalt wurde aus Verwaltungsgründen die "Abteilung Sterbehilfe"<sup>60</sup> eingerichtet, der der Stadtamtmann Franz Freese vorstand.

Obwohl die Kinderfachabteilung offiziell erst am 1. Februar 1941 eröffnet wurde, fand die Einweisung des ersten Kindes bereits am 21. Januar statt.<sup>61</sup> Das "Reichsausschuss"-Programm ermöglichte wie schon beschrieben anders als die anderen

---

<sup>56</sup> Alle Zitate aus: von Rönn, Peter: Wege in den Tod, Hamburg 1993; S. 139-144

<sup>57</sup> Burlon, Marc: Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus, Hamburg 2009, S. 66 f

<sup>58</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 6, Bl. 26. Paula Harberg

<sup>59</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Mutter von Kind D. K.

<sup>60</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Vermerk 12.07.48

<sup>61</sup> Burlon, Marc: Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus, Hamburg 2009, S. 65

Euthanasieprogramme die Tötung der Patienten. In der Heil- und Pflegeanstalt wurden vom 27.03.1941, dem Datum der ersten Kindestötung, bis zur Schließung der Abteilung 22 Kinder und nicht wie von Knigge angegeben 12 Kinder umgebracht. Insgesamt ist von 69 Kindern der Aufenthalt bekannt, 15 wurden in andere Anstalten verlegt (6 ins Kinderkrankenhaus Rothenburgsort, eines nach Leipzig zu Dr. Werner Catel, eines nach Lüneburg in die Kinderfachabteilung, vier nach Alsterdorf, wovon eines bis nach Spiegelgrund weiterverlegt wurde, und drei nach Meseritz-Obrawalde). Die restlichen zweiunddreißig Kinder wurden entlassen, wobei zwei Kinder erneut eingewiesen wurden. 38 der Kinder waren Junge, 31 Mädchen. Der Großteil der Kinder, nämlich 39, war zwischen 0 und 3 Jahren alt, 26 Kinder zwischen 4 und 21 (!) Jahren und von 4 Kindern ist das Alter unbekannt<sup>62</sup>. An sechs der ermordeten Kinder hat Knigge Sektionen vorgenommen.<sup>63</sup>

Was zur Schließung der Abteilung führte, ist nicht eindeutig belegt. Eine mögliche Erklärung ist, dass die fortgesetzten Luftangriffe auf Hamburg zusätzlichen Platz in Krankenhäusern notwendig machten. Eine weitere Erklärung wäre, dass die Liege- und Beobachtungszeiten in der Abteilung zu lang gewesen sein sollen.<sup>64</sup> Damit käme wieder Knigge ins Spiel. In einem Brief, den er kurz vor seinem Tod an die Hamburger Staatsanwaltschaft schrieb, behauptet Knigge, er habe in 16 Fällen, in denen Eltern der "Behandlung" ihrer Kinder zugestimmt oder sogar auf diese gedrungen hätten, diese "Behandlung", sprich Tötung verweigert<sup>65</sup>.

Nach der Schließung der Abteilung befahl das Gesundheitsamt Knigge, alle Unterlagen über die Vorgänge in der Kinderabteilung, die Knigge offenbar sehr detailliert dokumentiert hatte, zu vernichten. Diesem Befehl kam Knigge nicht nach, da er die Akten "unter allen Umständen aufbewahren" wollte.<sup>66</sup>

Es ist vielleicht eine Ironie der Geschichte, dass Friedrich Knigge am 2.12.1947 an Kinderlähmung starb.<sup>67</sup>

### 4.3. Kirche in Langenhorn

Zu Beginn der NS-Zeit gab es zwei Pastoren in Langenhorn. Der eine namens Stehn war für den südlich des Wördenmoorweg (Abbildung 3; Landkarte; H12-H16) gelegenen Teil Langenhorns zuständig, der andere namens Tolzien für den nördlich dieses Wegs gelegenen Teil (Abbildung 3; Landkarte; alles oberhalb des Weges). Obwohl die Heil- und Pflegeanstalt in Tolziens Bereich lag, hielt Stehn Anfang der dreißiger Jahre mehr Gottesdienste in der Anstaltskirche ab. 1932/33 predigte Pastor Stehn dort sogar fast ganz alleine, dann

---

<sup>62</sup>Burlon, Marc: Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus, Hamburg 2009, S. 146 f

<sup>63</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Knigge](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Knigge)

<sup>64</sup>Burlon, Marc: Die Euthanasie an Kindern während des Nationalsozialismus, Hamburg 2009, S. 68

**oder:** LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 1, Bd. 76

<sup>65</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 1, Bl. 126

<sup>66</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 1, Bl. 79R

<sup>67</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Bd. 1, Bl. 154. Knigge Lebenslauf Sonderband Langenhorn – Kinderabteilung -, Bl. 33; Bd. 1, Bl. 76.

übernahm Tolzien jedoch wieder mehr Gottesdienste. Zum Beispiel sah die Verteilung Ende 1934 bis Anfang 1935 wie folgt aus:

Datum		Name
04.11.34	-	Stehn
21.11.34	-	Tolzien
02.12.34	-	Tolzien
16.12.34	-	Stehn
24.12.34	-	Tolzien
25.12.34	-	Stehn
01.01.35	-	Tolzien

Die meisten Gottesdienste in der Anstalt fanden um 08:30 am Morgen statt.

Aus einem Schreiben von Pastor Gottfried Kölbing vom 12.7.1935 an das Landeskirchenamt geht hervor, dass in der Nähe der Heil- und Pflegeanstalt eine neue Siedlung entstehen sollte, für die Kölbing in Absprache mit dem amtierenden Bischof Tügel vorschlägt, einen neuen Geistlichen zu berufen, der auch für die Anstalt verantwortlich sein sollte.<sup>68</sup> Mit dem Bau einer neuen Kirche um 1938 direkt beim Ochsenzoll, wurde dieser Vorschlag realisiert und es kam ein weiterer Pastor nach Langenhorn. Die neue Kirche sollte naheliegender Weise St. Jürgen heißen, da sich diese, wie auch die Anstalt, auf dem ehemaligen Gelände des Klosters St. Georg befand. Jürgen ist der plattdeutsche Name für Georg. St. Georg war der Sage nach ein Drachentöter. Der Name symbolisiert Stärke. Die Bauweise war typisch für die Nationalsozialisten. Der Turm wurde von dem Architekten Gerhard Langmaak ähnlich dem Turm einer Festung gebaut. Der Name des neuen Pastors war Helmut Herrmann Johannes Horn<sup>69</sup>.



Abbildung 2: St. Jürgen Kirche Langenhorn

<sup>68</sup> Landeskirchliches Archiv Kiel; Bestand: 32.14.01; Nr. 899

<sup>69</sup> Buch der Kirchenvorstandssitzungen der protestantischen Kirchen in Langenhorn um Die Jahre 1935-1945. Kirchenarchiv der protestantischen Kirche St. Ansgar Kirche Langenhorn

Helmut Herrmann Johannes Horn wurde am 7.12.1897 in Neustrelitz in Mecklenburg geboren. Sein Vater, Karl Horn, war letzter Senior der Hamburgischen Landeskirche und Hauptpastor in St. Jacobi. Bevor er nach Langenhorn kam, war der junge Horn Vikar in der evangelisch-lutherischen Kirche St. Markus (Hamburg-Hoheluft) mit Pastor A. Clausen als ausbildendem Theologen. Beide Examen, die man absolvieren und bestehen musste, um Pastor in einer protestantischen Kirche zu werden, bestand Helmut Horn mit gut oder sehr gut.

Während seines Vikariats in der St. Markus Kirche leitete er zunächst die Mädchengruppe der Kirche, bevor die Leitung des Kindergottesdiensts und zuletzt die Konfirmandengruppen hinzu kamen. Die Arbeit in den Konfirmandengruppen beschrieb er als belastend und schwierig, da es besonders in der Jugendgruppe einige, wie er sie nannte, „Chaoten“ gab. Er mochte die pädagogische Arbeit offenbar dennoch gern.

Schon früh hatte er auch die Möglichkeit, sich seelsorgerisch in anderen Gemeinden und Krankenhäusern wie in Hamburg-Bergedorf und auf dem Land zu betätigen. Auch diese Arbeit bedeutete ihm offenbar viel. Von anderen Pastoren (Koopmann, Voss) wurde er außerdem zu gelegentlichen Aufgaben wie Vorträgen im Männerverein herangezogen. Es ging oft um Themen mit Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie, die unmittelbaren Bezug zu Hitler und den Konflikten und Fragen der damaligen Zeit darstellten (z.B.: Vortrag: „Das weltanschauliche und soziale Problem im Ring der Nibelungen von Richard Wagner“).<sup>70</sup> Laut seiner Entnazifizierungsakte (Fragebogen für Geistliche) war Horn nach eigenen Angaben 1934 Mitglied der "Deutschen Christen" geworden, dort aber bereits ein Jahr später wieder ausgetreten, "als die antichristliche Haltung des Nationalsozialismus offenbar wurde".<sup>71</sup>

Daneben verfügte er offenbar über besonderes gesangliches Können, welches er in Konzerten zeigte. Ab dem Winter 1934/35 durfte Horn dann auch an den Sitzungen des Pfarramts teilnehmen.<sup>72</sup> Ab dem 1. Mai 1936 wurde Horn Hilfsprediger in Langenhorn (Kirche St. Ansgar).<sup>73</sup> Am 5.7.1936 wurde Horn von seinem Vater ins Amt des Pastors ordiniert und am 17. Februar 1937 zum Pastor der Kirchengemeinde Langenhorn berufen. Den Dienst dort trat er am 1. Mai 1937.<sup>74</sup> Aus diesem Jahr gibt es einen Aktenvermerk, dass Horn "die Geistlichen um Mitteilung der Anschriften solcher Gemeindeglieder, die als Patienten in die Staatskrankenanstalt Langenhorn eingeliefert worden sind", bittet.<sup>75</sup> Nach Gründung der St. Jürgen Gemeinde 1938 wurde er durch den in diese zu wechseln. Laut seiner Entnazifizierungsakte hat er am 18.5.1938 "den Treueeid auf Adolf Hitler geleistet, dem Erlass von Dr. Werner gemäß".<sup>76</sup>

Pastor Helmut Horn war also ein Mann mit musikalischem Hintergrund und Interesse an pädagogischer und seelsorgerischer Arbeit. Er konnte gut reden und predigte oft sogar

---

<sup>70</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

<sup>71</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

<sup>72</sup> Akte: LKAK; Nr.: 979I; Bestand: 32.03.01; 9.12.2016

<sup>73</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

<sup>74</sup> ebendort

<sup>75</sup> LKAK; Bestand: 32.01; Nr. 1562; Seite 9

<sup>76</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

gänzlich frei.<sup>77</sup> Horn war nach seinen Angaben weder in der NSDAP, der SA noch in anderen nationalsozialistischen Gruppen Mitglied<sup>78</sup>, obwohl es nicht unüblich war, dass auch Pastoren solchen angehörten, wie zum Beispiel Horns Alsterdorfer Kollege Pastor Lensch, der Mitglied der SA und dort sogar Oberscharführer war und der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ und der „Deutschen Arbeitsfront“ angehörte. Auch andere Pastoren und Geistliche aus Hamburg wie Knut Schümann gehörten der SA an.<sup>79</sup>

Zur Person Horns ist weiter zu sagen, dass sein Vater Hauptpastor an der Hauptkirche St. Jacobi und letzter kirchenleitender Senior in der Hamburger evangelisch-lutherischen Kirche war, der aufgrund seiner eher liberalen Einstellung nach Machtübernahme der Nationalsozialisten abgesetzt worden war. Studienleiter von Pastor Horn war der durch die Nationalsozialisten ins neue Amt eingeführte Generalsuperintendent und stellvertretende Landesbischof Theodor Knolle, der sich gegen die Eingliederung der Hamburgischen Kirche in die Reichskirche gewandt hatte und deshalb Anfang 1934 von seinem Amt als Generalsuperintendent zurückgetreten war, um daraufhin der Bekennenden Kirche beizutreten<sup>80</sup>. Beide diese für Pastor Horn sicher sehr prägenden Personen hatten also einen hohen Preis für ihren Widerstand gezahlt. Anders als Theophil Wurm hat sich Horn trotz der Erkenntnis, dass sich Nationalsozialismus und Christentum nicht miteinander vereinbaren lassen, weder offen gegen die Machthaber und die Verbrechen, die auch vor Horns Augen in der Staats- und Heilanstalt begannen wurden, Stellung bezogen noch ist er einer "Anti-Nazi-Organisation" beigetreten.<sup>81</sup>

#### 4.4. In welcher Form hat die Kirche in der Anstalt gehandelt?

Wie bereits zuvor erläutert, wurden in der Heil- und Pflegeanstalt Patientendaten sowohl im Rahmen der Aktion „T4“ als auch im Rahmen des „Reichsausschusses“ erfasst. Von 1939 bis 1945 wurden um die 4000 Erwachsene in die Umlandsanstalten oder in den „Osten“ in Tötungsanstalten verlegt. 70% der Betroffenen überlebten die Torturen und die „Behandlung“ dort nicht. Unter den Opfern befanden sich bis 1943 auch 22 Kinder, die direkt in Langenhorn oder in anderen Kinderkliniken den Tod fanden.

Wie hat aber die Kirche auf die Vorgänge reagiert? Gab es Proteste?

Aus Akten lässt sich lesen, dass der Pastor der St. Jürgen-Kirche (Pastor Horn), in deren Einzugsgebiet die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn lag, regelmäßig Predigten in der Anstalt gehalten haben muss. Aus einer Akte geht hervor, dass Pastor Horn zur Vorbereitung der Hostien Listen derjenigen Patienten vorgelegt wurden, die zum Gottesdienst kommen wollten. Horn stand also keiner „anonymen“ Menschenmenge gegenüber, sondern kannte Namen zu den Besuchern seiner Gottesdienste. Inwiefern Opfer des „Euthanasieprogramms“ unter den Gottesdienstbesuchern waren, haben wir nicht

---

<sup>77</sup> Akte: LKAK; Nr.: 979I; Bestand: 32.03.01; 9.12.2016

<sup>78</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

<sup>79</sup> Akte: LKAK; Nr.: 61; Bestand: 39.01; 9.12.2016

<sup>80</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Knolle](https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Knolle); 27.2.2017; 17.03 Uhr

<sup>81</sup> LKAK; Bestand 32.03.01; Nr. 979 II-IV

feststellen können. Es stellt sich aber die Frage, ob man als Besucher der Anstalt nichts von den Vorgängen und den Patienten mitbekommen hat.

Rechnet man die Anzahl von 4000 Patienten, die dem „Euthanasieprogramm“ unterlagen und sich zur „Behandlung“ in der Anstalt befanden, auf dessen Dauer um, lässt sich schließen, dass jedes Jahr durchschnittlich 666 Betroffene in der Anstalt lebten. Da diese circa 2000 Bettenplätze umfasste, war auch unter Berücksichtigung von Überbelegung demnach mindestens jeder Vierte Insasse Opfer der Aktion T4.

Ein Opfer der Euthanasie in Langenhorn, Fritz Niemand, der noch 1944 in die Tötungsanstalt von Meseritz-Obrawalde (früher Schlesien, heutiges Polen), verlegt worden war und überlebte, berichtete 1990 in einem Interview mit Michael Wunder von seiner Zeit in der Heil- und Pflegeanstalt<sup>82</sup>. Da Niemand draußen bei der Arbeit mehrmals versagt habe, habe er als „Schlappmacher“ gegolten und wurde deshalb zur Arbeit in der Plättstube herangezogen. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass auch Euthanasiepatienten auf dem Gelände zum kräftezehrenden Arbeitseinsatz kamen. An die Situation in der Anstalt erinnert sich Niemand wie folgt: „Laufend waren Patienten in Zellen, besonders die Gebrechlichen und Kranken, aber auch solche, die nicht arbeiten wollten. Es hieß aber immer, die hätten ansteckende Krankheiten und wir dürften das Essen, was da herausgetragen wurde, nicht anrühren. Das fiel uns schwer, weil wir haben gehungert, dass die Schwarte knackt.“<sup>83</sup>

Es erscheint schwer vorstellbar, dass Pastor Horn diese ausgemergelten Gestalten, ob auf dem Gelände oder in der Anstaltskirche, nicht aufgefallen sind. Es ist aber kein einziger Versuch durch Pastor Horn aktenkundig, diese menschenunwürdigen Bedingungen anzuprangern oder gar zu beenden.

Laut Fritz Niemand war auch unter den „Häftlingen“ bekannt, dass der Großteil der Deportierten nicht nach Langenhorn zurückkehrte. Er berichtet davon, dass ihm Patienten, die schon länger in der Anstalt waren, erzählt hätten, dass die meisten Neuankömmlinge „nach Osten“ kämen. Sie berichten zudem, dass dort die Pfleger die Patienten mit „Gewehr bei Fuß“ bewachen und später töten würden. „Mit diesem Wissen lebten wir in Langenhorn“, so Niemand und berichtet von Angstzuständen: „Das ganze Milieu war so gehalten, dass man sich minderwertig vorkommen musste, lebensunwert, überflüssig. Ich hatte gar kein Wertgefühl mehr. Ich habe natürlich versucht, mich von der besten Seite zu zeigen und nicht aufzufallen. Aber es nützte nichts.“<sup>84</sup>

Auch wenn den Besuchern der Gottesdienste sehr wahrscheinlich zuvor eingeschärft worden sein dürfte, dem Pastor gegenüber nichts von den Zuständen in der Anstalt zu äußern, können die körperlichen und seelischen Nöte Pastor Horn eigentlich nicht entgangen sein. Auch zu diesem Punkt findet sich keinerlei Auflehnung Horns gegenüber der Anstalt oder dem Gesundheitsamt.

---

<sup>82</sup> Das Interview erschien im Buch „Wege in den Tod“

<sup>83</sup> Wunder, Michael; Wege in den Tod; Hamburg 1993; Seite 392

<sup>84</sup> Wunder, Michael; Wege in den Tod; Hamburg 1993; S. 392

Ob Pastor Horn etwas mit den 66 Kindern zu tun hatte, die von 1939 bis 1943 in der Heil- und Pflegeanstalt „behandelt“ wurden, ist aus der Aktenlage nicht ersichtlich. Die hohen Geheimhaltungsvorkehrungen um die Kinderstation lassen hier keine Vermutungen zu.

#### 4.5. Was war in Langenhorn über das Euthanasie-Programm bekannt?

Wie oben erwähnt, wurden die Patienten im Rahmen der Selbstversorgung zu harter körperlicher Arbeit herangezogen. Dabei muss es mehrfach zu Misshandlungen gekommen sein, sodass Angehörige sogar versuchten, ihre Kranken von dort zu verlegen<sup>85</sup>. In einem Fall muss ein Patient H., der geistig und körperlich sehr geschwächt war, von einem Pfleger durch Stiefeltritte gegen Rippen und Kopf lebensgefährlich verletzt worden sein. Dieser Fall kam zur Gerichtsverhandlung. Der Pfleger erhielt daraufhin eine dreiwöchige Gefängnisstrafe mit Bewährung.

Selbst wenn unter den Patienten keine Bewohner Langenhorns waren, deren Angehörige Kenntnis von den Misshandlungen in der Anstalt hatten, könnte man sich vorstellen, dass die Schreie der Misshandelten und der prügelnden Pfleger sowohl vom Personal als auch von Langenhornern gehört werden konnten.

Darüberhinaus stellt Michael Wunder in seiner Arbeit fest, dass unter den Patienten, die nicht in andere Anstalten verlegt oder selektiert wurden, „Patienten mit besonders hervorgehobenen und guten Angehörigen-Kontakten“ waren<sup>86</sup>. Auch diese müssen nicht in Langenhorn gelebt haben, aber in Kombination mit den Aussagen von Fritz Niemand muss die Anstalt einen eindeutigen Ruf gehabt haben, dass dort Patienten misshandelt und deportiert wurden. Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Ruf in Langenhorn nicht bekannt war.

Bei einem Besuch in Hamburg im Spätherbst 1940 soll Hans Hefelmann laut Obersenatsrat Kurt Struve dem Plan einer direkten Tötung von Erwachsenen in Hamburg eine Absage erteilt haben, die der damalige Gesundheitssenator Friedrich Offerdinger wie folgt begründete: "jeden Mittwoch und Sonntag [sei] ein Pilgerzug von Angehörigen nach der Anstalt Langenhorn [gegangen] und die Verbindung der Geisteskranken mit der Außenwelt sei so eng, dass die Euthanasie nur Misstimmung unter der Bevölkerung hervorrufen würde".<sup>87</sup> Diese beschriebenen "Pilgerzüge" können der Langenhorner Bevölkerung nicht entgangen sein. Ob es zu einem Informationsaustausch zwischen Bevölkerung und Angehörigen kam, ist nicht belegbar, aber auch nicht unwahrscheinlich.

In dem oben erwähnten Schreiben des Pastors Kölbing vom 21.6.1935 stellt dieser im Rahmen der Idee für einen weiteren Geistlichen dar: "Der Betreffende müsste dann in der neuen Siedlung wohnen, und hätte zugleich unter seinen Gemeindegliedern eine ganze

---

<sup>85</sup> STAHH, Staatskrankenanstalt Langenhorn 146, Berichte über besondere Vorkommnisse im Anstaltsbetrieb. Darin die Aussage Ernst Rittershaus vom 10.09.1937.

<sup>86</sup> Wege in den Tod, S.420

<sup>87</sup> LG Hamburg 14 Js 265/48, Aussage des Amtsarztes Maintz. Bd. 4, Bl. 124R.

Anzahl der in der Anstalt tätigen Menschen."<sup>88</sup> Demzufolge müssen Bewohner Langenhorns also in der Anstalt gearbeitet haben. Ob es diesen verboten war, über die Zustände in der Anstalt mit anderen Bewohnern des Stadtteils zu sprechen, ließ sich nicht herausfinden.

Abschließend stellt sich die Frage, was mit den Toten der Anstalt passiert ist. Laut Fritz Niemand wurden diese in Zinksärgen abtransportiert.

## 5. Umfrage zum damaligen Geschehen

Gleich zu Anfang der Arbeit hatten wir uns vorgenommen, zu erforschen, was eigentlich die Bürger zu dem Thema der Euthanasie wissen und was sie nicht wissen. Leider muss man dazu sagen, dass diese Umfrage nicht repräsentativ ist, aber doch immerhin einen Eindruck davon wiedergibt, inwiefern die Menschen in Langenhorn und Umgebung über dieses Thema aufgeklärt sind. Da die „Alsterdorfer Anstalten“ allein dadurch, dass sie heute noch bestehen, wesentlich bekannter sind, haben wir auch diese in unsere Umfrage miteinbezogen. Es war uns wichtig zu erfahren, ob die Teilnehmer der Umfragen generell Kenntnis über das Euthansieprogramm der Nationalsozialisten in Hamburg hatten, und im Speziellen wussten, dass auch Langenhorn Teil dieses Programms war. Das war für uns umso spannender, als dass es nur ein Buch zu der Heil- und Pflegeanstalt Ochsenzoll und selten in der „Woche des Gedenkens“ eine Veranstaltung zu diesem Thema gibt. Das bedeutet, dass es kein Museum und nur sehr wenig Literatur zu der größten Verlegungsanstalt der Euthanasie in Hamburg gibt.

Da wir aufgrund dieser sehr mangelhafte Voraussetzungen für eine breitere Aufklärung bei der Langenhorner Bevölkerung kaum tiefere Kenntnisse erwarten konnten, haben wir in unserer Umfrage auch um eine persönliche Meinung zu einigen Fragen gebeten.

Für die Geistlichen in Langenhorn haben wir eine Umfrage entworfen. Leider war die Anzahl der Rückläufer so gering, dass es sich nicht lohnt, diese zu erwähnen.

### 5.1. Umfrage: Was denken die Bürger zum damaligen Geschehen?

#### I. Persönliches:

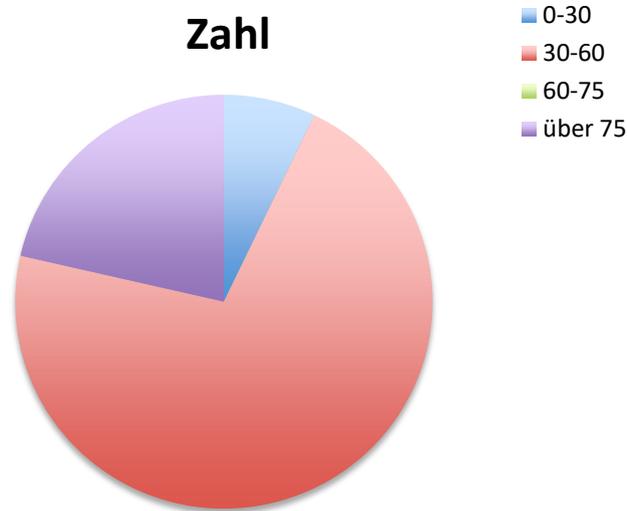
Alter der Teilnehmer:

Das Alter der Befragten ist zum größten Teil zwischen dreißig und sechzig Jahren. Wir haben die Altersgruppen so eingeteilt, dass sie in etwa einer Generationeneinteilung entspricht. Menschen, die über 75 Jahre alt, können als Zeitzeugen gelten. Von ihnen waren andere Antworten zu erwarten als bei den nachfolgenden Generationen. Das Geschlecht der

---

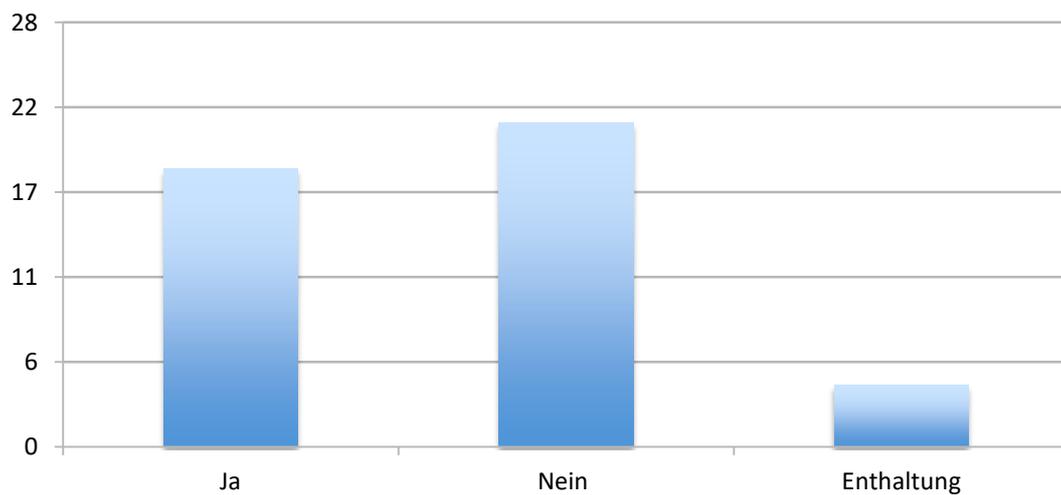
<sup>88</sup> Landeskirchliches Archiv Kiel; Bestand: 32.14.01; Nr. 899

Teilnehmer ist weitgehend gleichverteilt. Unter den Befragten gibt es nur eine Frau mehr als Männer.



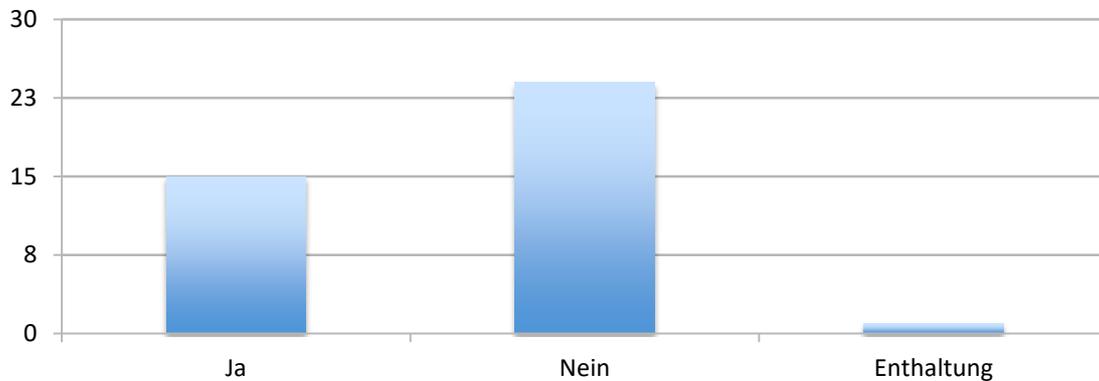
## II. Leitfragen:

Frage: Wussten Sie, dass es Euthanasie in Ochsenzoll gab?



An diesem Ergebnis sieht man, dass die Bevölkerung in Langenhorn über die Verbrechen in ihrem eigenen Stadtteil nicht gut aufgeklärt ist. Wir fragten die Teilnehmer darüberhinaus, ob ihnen Einzelheiten bekannt seien. Heraus kam, dass viele der Menschen, die angaben, etwas zu wissen, kein belegbares Detailwissen besitzen.

Wir haben diese Fragen ebenfalls zu den „Alsterdorfer Anstalten“ gestellt, da zu diesen wesentlich mehr Dinge bekannt sind. Entgegen unserer Erwartungen wussten die Teilnehmer der Befragung aber weniger zu Alsterdorf als zu Ochsenzoll:



Dies ist ein wirklich erstaunliches Ergebnis, da es deutlich mehr Literatur und auch Veranstaltungen zum Euthanasieprogramm in den „Alsterdorfer Anstalten“ gibt als zu der „Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn“.

### III. Allgemeines:

In diesem Bereich haben wir die persönliche Meinung der Teilnehmer abgefragt. Hier wird auch das Alter der Befragten interessant. Die erste Frage lautete: „Denken Sie, dass sich Euthanasie (auch Sterbehilfe) und der christliche Glaube vereinbaren lassen?“ Hier haben 7 Befragte für ein „Ja“ gestimmt und 33 Befragte für „Nein“. Dieses "Nein" wurde häufig damit begründet, dass das 5. Gebot der Christen das Töten verbietet. Außerdem besteht immer noch die Angst, dass der christliche Glaube wieder so missbraucht werden könnte, wie es im Dritten Reich der Fall war. Häufig war auch die Aussage, dass laut christlicher Lehre Gott Leben gibt und nur dieser es auch wieder nehmen darf.

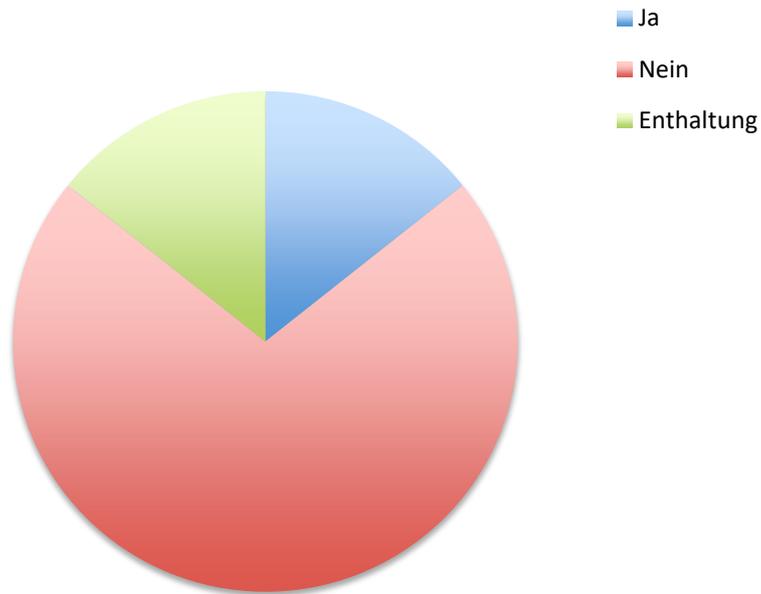
Von den wenigen Menschen, die für ein „Ja“ gestimmt haben, wurde oftmals dazu geschrieben, dass Sterbehilfe für Schwerkranke nur auf ausdrücklichen und unzweifelhaften Wunsch des Einzelnen passieren dürfe. Dann wäre die Tötung ein Akt der Nächstenliebe und somit mit den christlichen Überzeugungen im Großen und Ganzen zu vereinbaren.

Die nächste Frage lautete: „Halten Sie es für möglich, dass Teile der Kirche die Euthanasie der Nationalsozialisten auch heute noch dulden wenn nicht sogar unterstützen würden?“

Bei dieser Frage haben besonders die älteren Teilnehmer mit „Nein“ gestimmt. Diese geben als Begründung an, dass sie nur hoffen, dass die Kirche aus den Ereignissen der NS-Zeit gelernt habe. Eine Person hat sich mit einer mutigen Begründung enthalten: diese Person sagt, dass sie es der protestantischen Kirche durchaus zutrauen würde, da diese nicht so dogmatisch und rigide in ihren Überzeugungen sei. Da sei die katholische Kirche standhafter. Mehrere derer, die mit „Ja“ gestimmt haben, haben gesagt, es gäbe nichts was es nicht gäbe. Es habe schon immer dunkle Machenschaften in der Kirche gegeben, die es auch immer weiter geben wird. Es wäre nicht die erste erstaunliche Bibelauslegung der Kirche. Eine andere Begründung war, dass es radikale und extreme christliche Gruppierungen gibt,

die so etwas sicherlich gutheißen würden. Außerdem wäre die christliche Kirche nicht immer ehrlich.

Wir haben mit der Frage abgeschlossen, inwiefern die Menschen denken, dass die Kirche dieses Thema genug aufgearbeitet habe.



Bei diesem Punkt haben die meisten Teilnehmer mit „Nein“ gestimmt. Laut Pastor Wolfgang Peper kann man jedoch eigentlich nicht sagen, dass die gesamte Kirche das Thema der Euthanasie zu wenig aufgearbeitet hat. Es gibt laut seiner Aussage Kirchengemeinden, die dieses Thema sehr gut aufgearbeitet haben, und es gibt Kirchengemeinden, wo das Gegenteil der Fall ist. Gleiches gälte für die Pastorenschaft.

## 6. Schlussfolgerung

In dieser Arbeit stellten wir uns die Frage, welche Rolle die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn im Euthanasie-Programm des Dritten Reiches spielte, und was (evangelische) Kirche und Langenhorner Bevölkerung davon wussten und dagegen unternahmen.

Dass die nationalsozialistische Ideologie offen die Ausmerzung "unwerten Lebens" propagierte, war seit den späten 1920er Jahren bekannt. Ebenso wussten große Teile der deutschen Bevölkerung von der Existenz von Tötungsprogrammen an geistig Kranken. Das zeigen die Widerstandsaktionen im Reich der Jahre 1941 und 1942. Anders als beispielsweise bei den Deportationen von Juden in eigens dafür geschaffene Konzentrationslager, war der Bevölkerung klar, dass geistig kranke Menschen in psychiatrischen Kliniken, den "Heil- und Pflegeanstalten" untergebracht waren. In diesen Anstalten war es den Angehörigen der Patienten erlaubt, jene zu besuchen. Somit waren die Zustände in den Anstalten keinesfalls geheim. Lediglich das "Reichsausschussprogramm" fand unter höchster Geheimhaltung statt.

In Langenhorn war ein Teil der Bevölkerung in der Heil- und Pflegeanstalt beschäftigt. Das Anstaltsgelände grenzte an ein Wohngebiet. Patienten waren zur Außenarbeit gezwungen und dort offen den Misshandlungen der Pfleger ausgesetzt. Trotzdem ist keinerlei Widerstand aus der Bevölkerung überliefert.

Der Pastor der Kirchengemeinde St. Jürgen, Pastor Horn, war auch Anstaltsseelsorger und hatte regelmäßigen Zutritt zum Gelände. Laut eigener Aussage war er nur kurzzeitig Mitglied der "Deutschen Christen", die er verlassen haben will, da er sich mit deren rassistischer Ideologie nicht identifizieren konnte. Ihm muss sowohl durch Berichte als auch durch eigene Erfahrung bekannt gewesen sein, dass in der Anstalt Menschen selektiert wurden, um in Tötungsanstalten deportiert zu werden. Von ihm ist kein offenes Wort des Widerstandes dokumentiert. Damit befand er sich in Gesellschaft der gesamten evangelischen Kirche Hamburgs.

Erstaunlich ist, dass dieses Thema, das den Stadtteil Langenhorn unmittelbar betrifft, heute in der Bevölkerung weitgehend unbekannt ist. Bestenfalls ist bekannt, dass dort Verbrechen stattfanden, kaum aber in welchem Rahmen. Das muss als Zeichen gewertet werden, dass anders als z.B. der Holocaust dieser Teil der nationalsozialistischen Verbrechen trotz wissenschaftlicher Aufarbeitung nur sehr unzureichend im Bewusstsein der Menschen angekommen ist. Angesichts der 200.000 Opfer, von denen immerhin 4.000 durch die Langenhorner Anstalt gingen, sollte diese Wissenslücke dringend geschlossen werden.

# 7. Bildteil

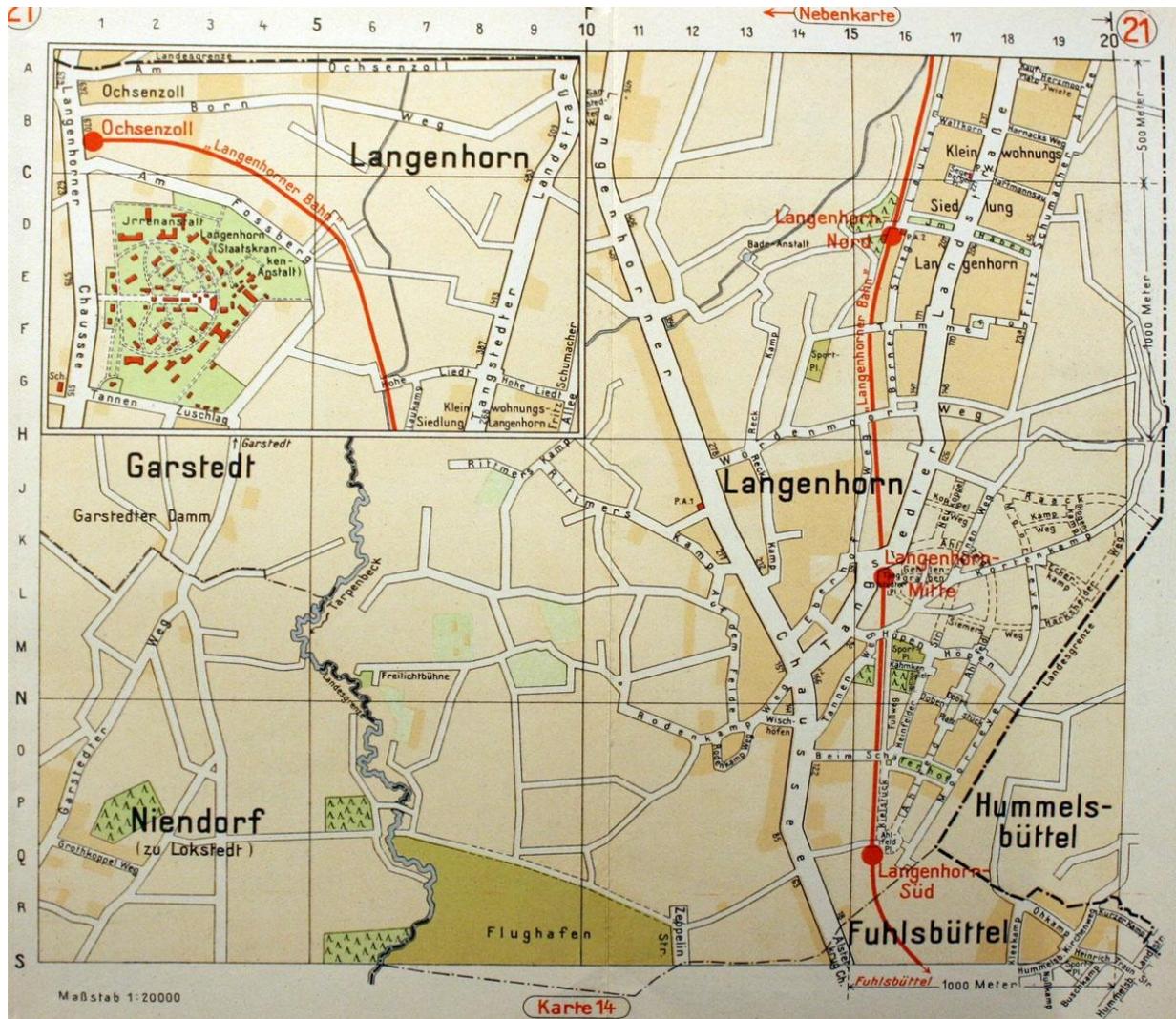


Abbildung 3: Karte von Langenhorn um 1940

TEIL „B“ (Mitgliedschaft in der NSDAP)

8. Waren Sie jemals Mitglied der NSDAP?

Ja ----- Nein nein Daten -----

9. Haben Sie jemals in den Gliederungen oder in den angeschlossenen Verbänden oder in den betreuten Organisationen der NSDAP oder in dem DRK Stellungen bekleidet?

Ja ----- Nein nein

Wenn Ja, geben Sie sämtliche Einzelheiten mit Daten an: -----

-----  
-----  
-----  
-----

10. Haben Sie jemals ehrenhalber einen Titel, einen Rang, eine Auszeichnung oder ein Diplom von irgendwelcher der oben (Nr. 9) genannten Organisationen erhalten?

Ja ----- Nein nein

Wenn Ja, geben Sie an, was für Titel usw. Sie erhalten haben, das Datum und für welche Dienstleistungen: -----

-----  
-----  
-----  
-----

11. Haben Sie im Jahre 1938 oder später den Treueid auf Adolf Hitler geleistet, dem Erlaß von Dr. Werner gemäß?

Ja ja Nein ----- Datum 18.5.38 Ort Hamburg

12. Waren Sie jemals an den folgenden Organisationen beteiligt? mit sämtlichen Pastoren.

Deutsche Christenbewegung Ja ja Nein -----

Deutsche Glaubensbewegung Ja ----- Nein nein

Wenn Ja, geben Sie Einzelheiten Ihrer Verbindung mit diesen Organisationen an -----

Wiederausgetreten aus der Deutsche Christenbewegung nach  
I. Jahr (1935), als die antichristliche Haltung des  
Nationalsozialismus offenkundig wurde.

Abbildung 2 Ausschnitt aus dem Entnazifizierungsbogen Horns

## 8. Quellenverzeichnis

### 8.1. Archivarisches Quellenverzeichnis

**Staatsarchiv Hamburg:**

<b>Signatur</b>	<b>Bestand</b>
033	213-12_0013
068	213-12_0013
070	213-12_0013

**Landeskirchliches Archiv Kiel:**

<b>Signatur</b>	<b>Bestand</b>
1544	32.01
1563	32.01
2281	32.01
979 II-IV	32.03.01
1531	32.01
1562	32.01
262	32.01
899	32.01

**Andere:**

-Buch der Kirchenvorstandssitzungen der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde St. Ansgar Langenhorn im Zeitraum der NS- und Nachkriegszeit.

### 8.2. Literarische Quellen

- Hoche, Alfred; Binding, Karl: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Felix Meiner Verlag; 1920; Leipzig
- Rotzoll, Maïke / Hohendorf, Gerrit / Fuchs, Petra / Richter, Paul / Mundt, Christoph / Eckart, Wolfgang U.: (Herausgegeben von) „Die nationalsozialistische >>Euthanasie<<- Aktion >>T4<< und Ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart“; Schönigh Verlag; 2010; Paderborn;

- Herbert Diercks; Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; **17 – Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik**; S.12; Edition Temmen; 2016; Bremen
- Marc Burlon; Die "Euthanasie" an Kindern während des Nationalsozialismus in den zwei Hamburger Kinderfachabteilungen; Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf; 2009; Hamburg

### 8.3. Web-Quellen

- LeMo.de
- ns-euthanasie.de
- wikipedia.com
- planet-wissen.de

### 8.4. Bild-Quellen

- Abbildung Deckblatt: LKAK
- Abbildung zweite Seite: Schilling, Jörg; Hamburger Bauheft 12, Baudenkmal Krankenhaus Ochsenzoll; Schaff Verlag; Hamburg 2015
- Abbildung 1: Schilling, Jörg; Hamburger Bauheft 12, Baudenkmal Krankenhaus Ochsenzoll; Schaff Verlag; Hamburg 2015
- Abbildung 2:  
[http://www.bing.com/images/search?view=detailV2&ccid=PYMku4t5&id=B855BCD8B91A2F32D17BE54C0AF40A93682B0C26&q=St\\_Juergen\\_Hamburg.jpg&simid=608023982986560198&selectedIndex=1&ajaxhist=0](http://www.bing.com/images/search?view=detailV2&ccid=PYMku4t5&id=B855BCD8B91A2F32D17BE54C0AF40A93682B0C26&q=St_Juergen_Hamburg.jpg&simid=608023982986560198&selectedIndex=1&ajaxhist=0); 18.02.2017; 10:08 Uhr
- Abbildung 3:  
[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/f/f4/Hamburg-Langenhorn\\_1928.jpg/220px-Hamburg-Langenhorn\\_1928.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/f/f4/Hamburg-Langenhorn_1928.jpg/220px-Hamburg-Langenhorn_1928.jpg); 17.2.2017; 13:08 Uhr